ROTE ANNELIESE

Nr. 181 / Februar 2004 Fr. 6.–

Leukerbad

Hotelier attackiert Präsident

Seite 3

Grand Alp

Dubiose Tessiner Firma

Hochstapler!

Wer ging auf den Leim?

Seite 4

Freispruch für Bumann-Bonvin

Rote Karte für die Justiz

Seite 13

DIZ Obergesteln

Filz soweit das Auge reicht!

Seite 10

Stefan Heym: Schriftsteller, Journalist und Rebell

Seite 16

Affäre GrandAlp:
Der Besuch der alten Dame

Wir wissen es alle: Dürrenmatts «Besuch der alten Dame» wiederholt sich immer wieder. Das heruntergekommene Dorf Güllen ist dort, wo der Wurm drin ist. Wenn jemand kommt und mit Geld um sich wirft oder nur den Anschein macht, er sei reich, dann ist es aus mit der Vernunft. Dann tanzen alle um den Mammon. Dann überschreitet der Mensch nie geahnte Grenzen, dann wird's unappetitlich, dann wird's oft kriminell. Dann schweigen die meisten oder werden zum Schweigen gebracht.

*

Den ehemaligen Riederalp Bahnen und heutigen Aletsch Riederalp Bahnen geht es finanziell nicht gut. Auch bei der Matterhorn Gotthard Bahn könnten die Aktionäre mehr Dividende gebrauchen. Die firmeneigenen Restaurants und Hotels in Zermatt und Mörel sowie auf der Riederalp liefen zwar gut. Aber leider nicht gut genug. Und plötzlich steht Claire Zachanassian vor der Türe! Eine Tessiner Firma mit dem grosskotzigen Namen GrandAlp SA, vertreten durch zwei Herren mit Aktenköfferli und versehen mit dem Zusatz Dottore. (siehe Seite 4)

Pachtzinse werden verhandelt, welche die bisherigen in den Schatten stellen. Durch die GrandAlp-Beziehungen sollen Touristenströme direkt von Malpensa angelockt werden. Volle Betten, florierende Küchen, ausgelastete MGB-Züge, kolonnenweise Cars und folglich klingende Kassen werden versprochen. Die bisherigen Wirtefamilien werden auf die Strasse gestellt. Auf der Riederalp wird eine fünfköpfige Familie mit drei schulpflichtigen Kindern gerichtlich aus der Wohnung ausgewiesen.

*

Wer hinter der GrandAlp steckt, das ist offenbar egal. Niemand will es wissen. Wichtig ist, dass der Rubel rollt. Auch wenn sich die Gerüchte überschlagen, wenn Wirtepatent-InhaberInnen gleich im Multipack gekündigt wird, wenn die Lieferanten monatelang auf Bezahlung warten, wenn ArbeitnehmerInnen ihren Lohn vor Arbeitsgericht erstreiten müssen, wenn die Kundschaft der Restaurants ausbleibt, auch dann halten die Verantwortlichen der Matterhorn Gotthard Bahn fest: Wir bekommen unseren Mietzins, basta!

Doch es gibt auch andere. Albert Bass zum Beispiel, der Unternehmensberater und Vizepräsident der Walliser Kantonalbank. Zwar führt der Weg der GrandAlp-Herren auch über sein Büro in Naters und die AB Treuhand und Revisions, als deren VR-Präsident er amtet, ist pikanterweise für die Lohnabrechnungen der GrandAlp zuständig. Dass Bass die Verantwortlichen der Matterhorn Gotthard Bahn und der Riederalp Bahnen frühzeitig gewarnt hat, spricht für ihn; dass die Treuhand-Abteilung seiner eigenen Firma das Mandat gleichzeitig bis heute weiterführt, ist nicht nachvollziehbar. Doch was entscheidend ist: Kaum war Bass als VR-Präsident der fusionierten Aletsch Riederalp Bahnen im Amt, zog er die Notbremse und kündigte den Pachtvertrag mit der GrandAlp auf Ende April.

*

In der vorliegenden RA steht nur, was sich nachweisen lässt. Während der Recherchen wurden jedoch Gerüchte und Vemutungen laut, welche weit darüber hinausgehen. Den Beweis für mögliche strafbare Handlungen kann die RA aufgrund des beschränkten Einblickes in die Geschäftsunterlagen hier nicht führen. Das wird Aufgabe der zuständigen Behörden sein.

Kurt Marti

Impressum

Rote Anneliese
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktor
Kurt Marti

Freie MitarbeiterInnen
Hilar Eggel
German Eyer
Manuel Lobmaier
Ralph Manz
Renata Werlen
Patrick Zehner

Sekretariat
Ursula Schild

Satz und Druck
s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Inhalt

Leukerbad: Kritik an Roten ▶ Seite 3

GrandAlp SA: Voll auf den Leim ▶ Seite 4

Lonza: Aktien im Keller ▶ Seite 8

Teranol: Harte Holländer ▶ Seite 9

Südumfahrung: Die C-Bremser ▶ Seite 9

DIZ Obergesteln: H. H. Dorfkönig ▶ Seite 10

CVP-Cina: Im freien Fall ▶ Seite 12

Bumann-Bonvin: Noch einmal ▶ Seite 13

Buch: Grün gewinnt ▶ Seite 14

Brasilien: Lulas Probe ▶ Seite 15

Stefan Heym: Schriftsteller, Journalist, Rebell ▶ Seite 16

Wohin frau/man geht ▶ Seite 18

Dicke Eier ▶ Seite 19

WB-Zensur: Post ist sauer ▶ Seite 20

Leukerbad: Präsident J.R. Roten unter Druck

«Ein solcher Präsident ist nicht glaubwürdig!»

LEUKERBAD – **Das Hotel Alpenblick, auf dem der amtierende Gemeindepräsident Jean-Roland Roten rund 20 Jahre gewirtschaftet hat, schuldet der Gemeinde noch immer Gebühren und Steuern in der Höhe von rund 140 000 Franken. Andererseits treibt Roten die Gebühren der anderen Gast-Betriebe mit aller Härte ein. Eine erboster Hotelier: *«Ein solcher Präsident ist nicht glaubwürdig.»***

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta
Einzahlung für / Versement pour / versamento per
Banque Cantonale du Valais / Walliser Kantonalbank
1950 SION / SITTEN
Zugunsten von / En faveur de / A favore di
S 0174.81.95 765
ROTEN ROLAND & DANIEL
& JEAN-ROLAND
HOTEL ALPENBLICK
3954 LEUKERBAD
Konto/Compte/Conto 19-81-6

Jean-Roland Roten: «Ich war nur Angestellter.»
Aber sein Name steht auf dem offiziellen Einzahlungsschein des Hotels Alpenblick.

VON KURT MARTI

«Ich werde die Sache demnächst regeln», erklärt Gemeindepräsident Jean-Roland Roten Mitte Januar gegenüber der RA. Gemeint ist die Rückzahlung der Gebühren- und Steuerschuld des Restaurants Alpenblick, auf dem Roten 20 Jahre lang gewirtschaftet beziehungsweise ab gewirtschaftet hat. Wie die RA im Juli letzten Jahres berichtete, schuldet das Alpenblick der Gemeinde rund 140 000 Franken, davon allein 120 000 Franken an Gebühren.

«Das geht niemand etwas an!»

Seit seinem Amtsantritt im Jahre 2000 beteuert Roten immer wieder, er werde seiner Verantwortung nachkommen und die Schuld begleichen. In Leukerbad stellt man sich die Frage: Ist die Familie Roten überhaupt in der Lage, einen solchen Betrag aufzubringen, nachdem das Hotel in Konkurs ging und letztes Jahr versteigert wurde? Die RA hat Roten mit dieser Frage konfrontiert und wurde von Roten unwirsch abgeputzt: *«Das geht Sie überhaupt nichts an!»* Darauf verweigerte Roten, trotz intensiver Bemühungen der RA, jegliche Stellungnahme.

Wohl beteuert Roten immer wieder, er sei sich seiner Verantwortung bewusst. Im gleichen Atemzug aber windet er sich heraus: *«Ich war nur Angestellter und nicht Geschäftsführer des Alpenblick. Das Alpenblick gehörte meinem Vater.»* Dominik Loretan, Betreiber des benachbarten Walliserhofes, welcher früher mit dem Alpenblick gut zusammen gearbeitet hat, hält das für eine Ausrede: *«Roten und sein Bruder haben das Alpenblick geführt und jetzt wollen sie die Verantwortung dem Vater anhängen. Das ist nicht fair.»*

Walliserhof-Hotelier: «Das ist der Gipfel!»

Die Feststellung von Hotelier Loretan wird durch den offiziellen Einzahlungsschein des damaligen Hotels Alpenblick bestätigt. Dort steht neben dem Namen des Vaters Roland und des Bruders Daniel auch jener des Gemeindepräsidenten Jean-Roland Roten (siehe Abbildung).
Der Ärger von Dominik Loretan hat einen Grund: Viele Betriebe und Private haben gegen die überhöhten Gebühren Einsprache erhoben und verlangt, dass die erzielten Gewinne an die Abonnenten zurückfliessen (siehe Kasten). Unter den Einsprechern ist der Hotelier Loretan und auch das Hotel Alpenblick. Während Loretan trotz seiner Einsprache die Gebühren auf ein Konto der Gemeinde eingezahlt hat, blieb das Alpenblick die Gebühren in der Höhe von 120 000 Franken schuldig. Rotens Beschwerde hatte offenbar den Zweck, über die Zahlungsschwierigkeiten des Alpenblick hinwegzuhelfen. Im vergangenen Dezember wurde Loretans Einsprache ohne Pardon abgewiesen. Unterschrieben wurde der Entscheid auch durch Gemeindepräsident Roten. *«Das ist der Gipfel: Er zahlt seine Gebühren nicht und zwingt uns, überhöhte Gebühren zu zahlen. Ein solcher Präsident ist nicht glaubwürdig!»* ist Dominik Loretan empört.

Roten sass im Kontrollorgan

An der Urversammlung vom Juni 2003 wurde die Frage gestellt, was mit den Gewinnen aus der Wasserversorgung geschieht. Die Antworten auf diese Frage sind nicht protokolliert, wie Raoul Loretan gegenüber der RA kritisiert. Präsident Roten habe nämlich geantwortet, mit diesem Geld würde man etwas Schönes für die Gäste machen. Dazu Raoul Loretan: *«Erst auf mein Drängen hat Revisor Pfaffen zugeben müssen, dass dieses Verpflichtungskonto zu Handen der Abonnenten zweckgebunden sei.»* Raoul Loretan hat an der folgenden Sitzung verlangt, dass diese und mehrere weitere Auslassungen korrigiert werden. Roten weigerte sich, Korrekturen anzubringen und verwies Loretan an die zuständigen kantonalen Stellen. Ein Leukerbadner gegenüber der RA: *«Es ist schlimmer als unter Otto G.!»* Tatsächlich geht Roten alles andere als unbelastet aus der Otto-Ära hervor: Von 1989 bis 1996 gehörte er nämlich dem kommunalen Kontrollorgan an, zuerst als Ersatz, dann als Vollmitglied.

Gebühren zweckentfremdet
3,5 Millionen an die Gläubiger

(ktm) Der Preisüberwacher hat schon Ende der 90er Jahre festgehalten, dass in Leukerbad die Gebühren zu hoch sind und eine Senkung verlangt. Passiert ist trotz vielen Einsprachen nichts. In den Jahren 2001 und 2002 häufte sich beispielsweise beim Trinkwasser ein Gewinn von 684 000 Franken an, nota bene nach den üblichen Rückstellungen für zukünftige Erneuerungsbauten. Auf Anweisung des Kantons wurden nun die Rückstellungen der öffentlichen Betriebe geplündert und ein Betrag von rund 3,5 Millionen an die Gläubiger überwiesen, obwohl eine Zweckentfremdung nicht zulässig wäre. Andererseits weist das kantonale Feuerinspektorat darauf hin, dass in der Mittelzone des Dorfes bei einem Brandfall zu wenig Wasser vorhanden wäre. Dringende Investitionen in der Höhe von 3 Millionen wären fällig. Doch die Verpflichtungskonten sind leer!

Dubiose Tessiner Firma GrandAlp SA:

- **Arbeitsgericht, Betreibungen, Strafklagen, Entlassungen, Maulkörbe**
- **Falsche Versprechungen: Touristenströme aus Oberitalien blieben aus**

«Bei dieser Firma ist grösste Vorsicht

OBERWALLIS/LUGANO – **Die GrandAlp SA mietet seit einem halben Jahr im Oberwallis vier Restaurants und macht mit Zahlungsproblemen, Kündigungen, Arbeitsgerichten, Maulkörben, Drohungen und Strafklagen von sich reden. Um der GrandAlp Platz zu machen, haben die Riederalpbahnen und die Matterhorn Gotthard Bahn zwei Wirtefamilien auf die Strasse gestellt. Die GrandAlp versprach höhere Mieteinnahmen und mehr Profit für die Aktionäre. Jetzt herrscht der Katzenjammer.**

VON KURT MARTI

«Ich habe die Verantwortlichen der Riederalpbahnen und der Matterhorn Gotthard Bahn rechtzeitig gewarnt: Mit der GrandAlp ist grösste Vorsicht geboten!», hält der Vermögensberater Albert Bass heute fest. Trotz dieser Warnung vermieteten im letzten Juni die Riederalpbahnen und die Matterhorn Gotthard Bahn drei Gastbetriebe an die Tessiner Firma GrandAlp. Es handelt sich um das Hotel Aletsch in Mörel, das Relais Alpina-Bellevue auf der Riederalp und das Bahnhofbuffet in Zermatt. Hinzu kommt das Casa Rustica von Toni Bayard in Zermatt. Vorher hat die GrandAlp vergeblich versucht, auch andere Hotelbetriebe im Oberwallis und im Tessin zu mieten.

Bass kannte die GrandAlp-Männer

Anlässlich der Verkaufsverhandlungen des Bellevue auf dem Simplon machte Albert Bass die Bekanntschaft mit den GrandAlp-Männern, dem alleinigen Verwaltungsrat Vittorio Peer aus Lugano und dem Geschäftsführer Danilo Faita aus Ranco (I). Später meldeten sich Peer und Faita bei Bass, welcher sie in seinem Büro an der Bahnhofstrasse 8 in Naters empfing. Sie wollten Informationen über die Lohnbuchhaltung im Wallis, worauf sie von Bass an die Spezialisten der AB (Albert Bass) Treuhand und Revisions AG weitergeleitet wurden. Seit Juni 2003 laufen die Lohnabrechnungen für die vier gemieteten Betriebe der GrandAlp über die AB Treuhand und Revisions, deren Verwaltungsratspräsident Bass ist. Offenbar hat Bass nur die anderen gewarnt, nicht aber die Mitarbeiter seiner eigenen Firma! Wie der zuständige Treuhänder Erich Pfaffen erklärt, werden nur die Lohnberechnungen ausgeführt, nicht aber die effektiven Lohnzahlungen. Diese werden von der GrandAlp selbst getätigt. In den ersten Monaten erstaunlicherweise bar auf die Hand, wie ehemalige Angestellte verblüfft feststellen. Bass betont, dass er *«nie geschäftliche Beziehungen mit den Herren Peer und Faita hatte.»* Fest steht jedoch: Peer und Faita haben mit dem Namen von Bass hausiert und damit einigen Goodwill geschaffen. Peer behauptet gegenüber der RA immer noch: *«Albert Bass ist ein guter Freund.»* Darauf Bass erstaunt: *«Ich habe ihn bloss dreimal persönlich gesehen…»*

Wirtepatent-Inhaber im Multipack ausgewechselt

Die GrandAlp-Verantwortlichen rekrutierten ihre Wirtepatent-Inhaber unter anderem beim RAV. In erster Linie geht es den GrandAlp-Leuten darum, das Wirtepatent zu ergattern. Die InhaberInnen und deren persönliche Qualifikationen sind nicht gefragt. Sie werden als AllrounderInnen angestellt und werden rasch zum Störfaktor. Sobald die Wirtepatent-InhaberInnen kritische Fragen stellen, werden sie ohne Skrupel ausgewechselt. Wer zuviel weiss und sich einmischt, wird hinausgemobbt. Im Dezember erwischte es den Patent-Inhaber des Hotels Aletsch in Mörel. Sofort bekam er einen Maulkorb: *«Aus rechtlichen Gründen kann ich nichts sagen.»*

Im Bahnhofbuffet und im Casa Rustica in Zermatt steht bereits der dritte Patent-Inhaber vor dem Absprung. Der vierte wartet vor der Türe. Und das innerhalb von sieben Monaten! Mit eingeschriebenen Briefen wird Schweigepflicht verordnet. Ein Teil der Löhne der Patent-Inhaber musste vor dem Arbeitsgericht erstritten werden. Aber auch gewöhnliche Angestellte mussten ihre Löhne per Arbeitsgericht einfordern. Als Vertreter der dubiosen GrandAlp tritt der Zermatter Anwalt und frühere Grossrat Thomas Julen gegen die Interessen der ArbeiternehmerInnen auf. Dieser versteckt sich hinter dem Anwaltsgeheimnis und erklärt: *«Die GrandAlp ist eine Firma, wie es viele in der Schweiz gibt.»* Wenigstens hat er sein Anwaltshonorar im Trockenen!

Albert Bass zieht die Notbremse: *Ende April muss die GrandAlp SA das Hotel Aletsch räumen*

Lieferanten warten monatelang auf das Geld

Mit einigen Lieferanten hat die GrandAlp eine völlig unübliche Zahlungsfrist von 60 Tagen ausgehandelt. Die Lieferanten warten oft monatelang auf Bezahlung. Erst wenn die Mahnungen sich häufen und Druck aufgesetzt wird, werden die Rechnungen mit Ach und Krach bezahlt. Viele Lieferanten sind nicht mehr bereit zu liefern, und wenn, dann nur bei Barbezahlung. Auf die Frage, ob gegen die Firma Betreibungen laufen, erklärt Geschäftsführer Faita: *«Das müssen Sie beweisen! Wir sind eine seriöse Firma. Ich betone noch einmal, eine seriöse Firma!»* Dann aber krebst er zurück. Ja, da gebe es eine Betreibung im Tessin. Und dann kommt der indirekte Hinweis: *«Wenn es Betreibungen gibt, dann sind diese die Folge der schlechten Behandlung, welche wir im Wallis erfahren haben.»* Recherchen der RA zeigen: Die GrandAlp wird tatsächlich für Lieferantenrechnungen betrieben (Stand 2. Februar 2004).

Auch der Walliser Bote ging auf den Leim

Geschäftsführer Faita spricht kein Wort Deutsch, meldet sich am Natel nicht mit seinem Namen und reagiert auf Kritik hypernervös. Letzten Herbst ging ihm auch der WB auf den Leim: *«Man wirft uns überall Steine in den Weg»*, jammerte er. Die Rede war von einer geforderten Bankgarantie von 14 000 Franken an das EWBN. Laut EWBN-Direktor Paul Fux war das offenbar *«ein Missverständnis»*, welches bereits am nächsten Tag mit der Zahlung des Betrages erledigt worden sei. Faita hingegen spricht noch jetzt von einem *«Missbrauch»* und behauptet, das entsprechende EWBN-Reglement sei gar nicht gültig.

Gegenüber der RA kündigt Faita eine Medienmitteilung für die ganze Schweiz an, worin er *«den schlechten Empfang für die GrandAlp im Wallis»* anprangern will. Zudem hat Faita mehrere Strafklagen deponiert, eine laut eigenen Aussagen *«gegen einen sehr wichtigen Mann aus dem Oberwallis.»* Es soll sich um den Hotelier Art Furrer handeln, der allerdings auf Anfrage nichts davon weiss. Weiteren Leuten wurde mit Strafklagen gedroht.

Albert Bass: *«Professionelle Hochstapler»*

Die GrandAlp-Leute haben den Verantwortlichen der Riederalp-Bahnen und der Matterhorn Gotthard Bahn wahre Touristenströme versprochen, welche mit Cars von Malpensa über den Simplon kommen sollten. Mit der Touristeninvasion sollte auch das Geld in den Kassen der beiden Gesellschaften klingeln und schliesslich die Herzen der Aktionäre erfreuen. Die GrandAlp-Leute machten zunächst den Eindruck, dass sie im Geld schwimmen und waren bereit, horrende Mietzinse zu zahlen. Deshalb mussten in Zermatt und auf der Riederalp zwei Wirtefamilien ihren Platz räumen (siehe unten).

Für die Riederalp Bahnen hat der damalige VR-Präsident Hans Kummer zusammen mit dem Notar Odilo Guntern den Vertrag mit der GrandAlp unterschrieben. Jetzt geht Kummer auf Distanz: *«Das sind Hochstapler, die viel versprechen und wenig halten.»* Auch Albert Bass, der neue Verwaltungsratspräsident der Aletsch Riederalp Bahnen, spricht von *«professionellen Hochstaplern»*. Kaum im Amt, hat Bass die Notbremse gezogen. Der Pachtvertrag für das Hotel Aletsch und das Relais Alpina-Bellevue soll auf Ende April gekündigt werden. Bass will jedenfalls *«mit allen rechtlichen Mitteln dafür kämpfen.»* Denn die Bilanz der GrandAlp-Leute ist miserabel: Mit den Mietzinsen sind sie arg im Rückstand und die beiden Betriebe sind abgewirtschaftet. Die Lieferanten bringen nur noch Ware gegen Barbezahlung. Wenn überhaupt!

Matterhorn Gotthard Bahnen: Keine Probleme!

Ganz anders ist das Echo von den Matterhorn Gotthard Bahn MGB. Im Auftrag der Geschäftsleitung unter Hans-Rudolf Mooser und VR-Präsident Daniel Lauber lässt der Kommunikationschef Helmut Biner ausrichten: *«Alle Mieten sind bezahlt. Das Restaurant läuft gut und ist immer offen. Es gibt keine Reklamationen.»* Dieser Version widerspricht das Echo in Zer-

weiter S. 7

Zwei Familien mussten gehen!
Wegen Profitsucht der Aktionäre

(ktm) Auf dem Relais Alpina-Bellevue auf der Riederalp lebte bis im letzten Sommer eine Familie mit drei schulpflichtigen Kindern. Das Bahnhofbuffet in Zermatt wurde mehrere Jahre von einem Ehepaar im Angestelltenverhältnis geführt. Bis die GrandAlp SA ins Wallis kam und dem MGB-Verwaltungsrat unter Daniel Lauber und dem Verwaltungsrat der Riederalp Bahnen unter Hans Kummer das Blaue vom Himmel versprach: Touristenströme aus Norditalien sollten die Kassen füllen. Die Aktionäre beider Gesellschaften waren der Meinung, aus den Restaurants könne man mehr herausholen und waren durch die Verheissungen aus dem Süden beglückt. Um der GrandAlp Platz zu machen, mussten die fünfköpfige Familie auf der Riederalp und das Ehepaar in Zermatt gehen.

Relais Alpina-Bellevue auf der Riederalp: *Fünfköpfige Familie wurde auf die Strasse gestellt.*

Bahnhofbuffet Zermatt: *Geschäftsführer-Ehepaar musste Platz machen.*

GrandAlp-Verwaltungsrat Vittorio Peer
Drei Konkurse in Lugano und Groteskes auf Sardinien

(ktm) Die GrandAlp SA mit Sitz in Lugano wurde 1999 mit einem Aktienkapital von 100 000 Franken gegründet (siehe unten rechts). Zweck: Die Führung von touristischen Betrieben. Einziger Verwaltungsrat ist Vittorio Peer. Er wohnt in der Nähe von Lugano. Sein Name steht in keinem Telefonbuch. Er ist Verwaltungsrat von insgesamt 13 Immobilien- und Finanzfirmen. Das Aktienkapital variert zwischen 50 000 und 200 000 Franken.

Drei dieser Gesellschaften gingen in Konkurs:

- **Fincredit SA** (Aktienkapital 100 000 Franken): Konkurs gemäss Entscheid des Bezirksgerichtes Lugano Ende 2001; Einstellung des Konkursverfahren mangels Aktiven Anfang 2002 (siehe Auszug unten)
- **Grand Soleil Cultura Viaggi SA** (Aktienkapital 200 000 Franken): Konkurs gemäss Entscheid des Bezirksgerichtes Lugano im Jahr 1998
- **Compagnie Immobilière Ile Rose SA** (Aktienkapital 50 000 Franken): Konkursverfahren wurde mangels Aktiven im Jahr 1999 durch den Entscheid des Bezirksgerichtes Lugano eingestellt.

Zudem sind zur Zeit drei weitere Firmen in Liquidation. Sie lauten auf den Namen von Désiré Peer, der Frau von Vittorio Peer.

Mysteriöse Firma auf Sardinien

Wie die sardinische Zeitung La Nuova Sardegna am 10. Januar 2004 berichtet, ist die konkursgegangene Firma Compagnie Immobilière Ile Rose SA zu 50 Prozent an einer *«mysteriösen»* Aktiengesellschaft Nuova Gallura beteiligt. Die restlichen 50 Prozent lauten auf die Aktiengesellschaft Côte Paradis SA, welche ebenfalls von Peer präsidiert wird. Die Nuova Gallura hat ihren Sitz in Mailand. Peer ist auch hier der alleinige Verwaltungsrat. Die Firma besitzt eine Wohnung in Mailand und ein hundert Hektaren grosses Grundstück namens «Budelli» auf der Insel La Maddalena im Norden Sardiniens. Das Markenzeichen Budellis ist der rosafarbenen Sandstrand, welcher im Film «Deserto Rosso» von Michelangelo Antonioni verewigt wurde. Seit 1992 steht Budelli unter Naturschutz und darf nicht überbaut werden.

Zahlungsbefehle und Konkursandrohungen

«Die Geschichte ist grotesk!» schreibt La Nuova Sardegna. 1999 drohte die Versteigerung von Budelli zu einem Preis von umgerechnet zwei Millionen Franken, wie damals der Corriere della Sera meldete. Die Nuova Gallura hatte Budelli bereits unter dubiosen Umständen erworben. Beim Besitzerwechsel hatte Verwaltungsrat Peer vergessen, den Firmensitz im Handelsregister zu ändern und so häuften sich die Rechnungen an der alten Adresse auf Sardinien. Zuerst gab es Mahnungen, dann Zahlungsbefehle und schliesslich die Konkursandrohung. Die Verantwortlichen der Nuova Gallura liessen sich nicht blicken. Deshalb blieb dem Gericht in Milano nichts anderes übrig, den Konkurs über die Gesellschaft zu verfügen. Laut Corriere della Sera waren darin Banken und regionale Körperschaften mit Totalforderungen von 300 Millionen Lire verwickelt.

Ein ängstlicher Verwalter schweigt

Doch die Nuova Gallura konnte laut La Nuova Sardegna den Konkurs im letzten Moment abwenden und sich Budelli sichern. Wie und warum bleibt unklar. Zur Zeit laufen in Lugano laut der sardinischen Zeitung geheime Verhandlungen über einen Verkauf von Budelli. Die Spur führt über eine Finanz-und Steuerberatungsfirma in Lugano, wo der angebliche Verwalter der Nuova Gallura arbeiten soll. Die RA hat ihn gefunden. Zunächst wollte er nichts wissen. Dann gab er zu, Peer zu kennen. Er verneint aber geschäftliche Beziehungen zu Peer. Schliesslich bittet er ängstlich: *«Bringen Sie meinen Namen nicht, sonst bekomme ich Probleme.»*

Laut der Zeitung La Nouva Sardegna hat sich in letzter Zeit auf Budelli «einiges bewegt», obwohl für das Naturschutzgebiet ein Bauverbot gilt. Zudem ist in der Zeitung im Zusammenhang mit Peer von *«einem unbezahlten Scheck von 6 000 Euro»* die Rede. Mehr Informationen über die Firma Nuova Gallura, aber auch über die anderen von Peers Aktiengesellschaften, gibt es nicht. Peer sagt nur: *«Budelli ist noch nicht verkauft.»*

Zwei Auszüge aus dem Handelsregister Lugano: *Peer machte Konkurs mit der Fincredit SA. Was geschieht mit der GrandAlp?*

Firmennummer	Rechtsnatur	Eintragung	Löschung
CH-514.3.013.386-5/	Aktiengesellschaft	17.12.1997	29.05.2002

Ei	Lö	Firma
~~1~~	~~-~~	~~Fincredit SA~~
3		Fincredit SA in liquidazione

Ref	Sitz
1	Lugano

Ref	Aktienkapital	Liberierung	Aktien-Stückelung
1	100'000.--	100'000.--	100 azioni al portatore da CHF 1'000.--

Ref	Adresse der Firma
1	Via Peri 2a 6900 Lugano

Ref	PS-Kapital	Liberierung	Partizipationsscheine
	--	--	

Ei	Lö	Zweck
1		L'acquisto, la vendita, la permuta e la locazione di beni e servizi in particolare può operare nel settore finanziario con consulenze, valutazioni, intermediazioni, acquisto e recupero crediti, finanziamenti su valori mobiliari ed immobiliari, anticipazioni su merci. Può partecipare e rappresentare società.

Ei	Lö	Bemerkungen
3		La società è sciolta in seguito a fallimento pronunciato con decreto della Pretura del Distretto di Lugano del 29.11.2001.
4		La procedura di fallimento è stata sospesa per mancanza di attivo con decreto della Pretura del Distretto di Lugano del 16.01.2002.
5		Questa ragione sociale è radiata d'ufficio in applicazione delle disposizioni dell'art. 66 cpv. 2 ORC.

Ref	Statutendatum
1	15.12.1997

Ei	Lö	Sacheinlagen, Sachübernahmen, besondere Vorteile, Genussscheine

Ref	Publikationsorgan
1	FUSC

Ei	Lö	Zweigniederlassung

Ei	Ae	Lö	Personalangaben	Funktion	Zeichnungsart
~~1~~	~~-~~	~~-2~~	~~Krump, Maria Eva, da Massagno, in Massagno~~	~~einziges Mitglied~~	~~Einzelunterschrift~~
1			Fasola Pierangelo, Studio fiduciario-commercialistico, in Pazzallo	Revisionsstelle	
2			Peer, Dott. Vittorio, da Scuol, in Vezia	einziges Mitglied	Einzelunterschrift

Firmennummer	Rechtsnatur	Eintragung
CH-514.3.020.147-9/	Aktiengesellschaft	16.03.1999

Ei	Lö	Firma
1		Grandalp SA

Ref	Sitz
1	Lugano

Ref	Aktienkapital	Liberierung	Aktien-Stückelung
1	100'000.--	100'000.--	100 azioni al portatore da CHF 1'000.--

Ref	Adresse der Firma
1	Via Peri 2 A 6900 Lugano

Ref	PS-Kapital	Liberierung	Partizipationsscheine
	--	--	

Ei	Lö	Zweck
1		La produzione, la promozione, la diffusione, la commercializzazione, la gestione e l'intermediazione di beni e servizi, particolarmente nei settori dell'editoria, dei trasporti e del turismo.

Ref	Statutendatum
1	15.03.1999

Ei	Lö	Sacheinlagen, Sachübernahmen, besondere Vorteile, Genussscheine

Ref	Publikationsorgan
1	FUSC

Ei	Lö	Zweigniederlassung

Zei	Ref	TB-Nr	-Datum	SHAB-Nr	-Datum	Seite	Publ.Nr.
GR	1	1209	16.03.1999	56	22.03.1999	1862	
NP	2	3684	04.07.2001	131	10.07.2001	5266	
LC	3	248	14.01.2002	12	18.01.2002	15	302814
LC	4	1229	21.02.2002	40	27.02.2002	12	360406

Ei	Ae	Lö	Personalangaben	Funktion	Zeichnungsart
~~1~~	~~-~~	~~-2~~	~~Krump, Maria Eva, da Massagno, in Massagno~~	~~einziges Mitglied~~	~~Einzelunterschrift~~
~~1~~	~~-~~	~~-3~~	~~Faggi, Franco, da Lugano, in Lugano~~	~~Revisionsstelle~~	
2			Peer, Dott. Vittorio, da Scuol, in Vezia	einziges Mitglied	Einzelunterschrift
4			Devittori, Felice, da Sorengo, in Gentilino	Revisionsstelle	

Hans Kummer:
«Das sind Hochstapler, die viel versprechen und wenig halten.»

Daniel Laubers MGB lässt verlauten:
Die GrandAlp zahlt die Mieten. Der Rest ist nicht unser Bier!

Toni Bayards Casa Rustica:
Sechs Essen an Sylvester! Personal gekündigt.

matt: *«Die Bedienung ist unfreundlich und das Restaurant läuft schlecht.»* Schlecht läuft ebenfalls das Casa Rustica von Toni Bayard. Der Ruf des Restaurants ist ruiniert. An Sylvester sollen nur sechs Nachtessen verkauft worden sein. Ende Januar kam die Hiobsbotschaft für mehrere Angestellte: Kündigung auf Ende Februar.

Ein Fall für die Schwarzgeldfahnder

Die GrandAlp hat Mietzinse versprochen, welche deutlich über den ortsüblichen Zinsen liegen. Andererseits bleiben die Betriebseinnahmen weit unter den Erwartungen und die GrandAlp kämpft vor dem Arbeitsgericht um jeden Lohnfranken und lässt die Lieferanten monatelang auf unbeglichenen Rechnung sitzen. Doch manchmal, ganz plötzlich, öffnete sich der Geldhahn. Woher das Geld kommt, weiss kein Mensch. Die wahren Interessen der GrandAlp liegen noch im Dunkeln. Mit dem Restaurant-Betrieb machen sie nicht das grosse Geld. Die Frage steht im Raum: Womit denn sonst? Mit dieser Frage sollten sich demnächst die Steuer- und Schwarzgeldfahnder des Kantons etwas näher befassen.

Die Aktienkurse fielen in den Keller

Marchionnes einsame Entscheide

VISP – **Die Lonza hat im Betriebsjahr 2003 einen signifikanten Rückschlag erlitten. Der Verwaltungsratspräsident Sergio Marchionne peilt einen härteren Kurs an und entlässt den Konzernchef Markus Gemünd. Mit welchen Folgen und Erwartungen muss in Zukunft gerechnet werden?**

VON HILAR EGGEL

Laut dem Geschäftsbericht 2003 hat sich der Umsatz der Lonza im vergangenen Jahr um 11,6 Prozent auf 2,24 Mrd. Franken verringert. Das Betriebsergebnis sank um 27,9 Prozent auf 302 Mio. Franken. Der Reingewinn sackte um 58,8 Prozent auf 91 Mio. Franken ab. Und zwischen Ende 2002 und Ende 2003 ging der Personalbestand um 557 auf 5659 Mitarbeitende zurück (-9 Prozent).

Aufhorchen lässt die Tatsache, dass im Geschäftsjahr 2003 die Ergebnisse aller Divisionen unter den Erwartungen geblieben sind. Die Division «Exklusivsynthese & Biotechnologie» – das Flaggschiff des Betriebes – verzeichnete einen Umsatzrückgang von 14,6 Prozent auf 835 Mio. Franken, die Division «Organische Feinchemikalien & Anwendungsorientierte Spezialitäten» ging um 13,7 Prozent auf 826 Mio. Franken zurück. Als einigermassen stabil erwies sich lediglich die Division «Polymere Zwischenprodukte» (-3,3 Prozent auf 578 Mio. Franken).

Irreführende Informationspolitik

Bereits im Mai 2003 ist die Lonza Group mit einer Gewinnwarnung in die Schlagzeilen geraten. Wegen Überkapazitäten und Auftragsausfällen wurde ein Kostensenkungsprogramm eingeleitet. 500 Stellen, 90 davon in der Schweiz, wurden daraufhin weltweit gestrichen. Diese Ankündigung im Mai kam aus heiterem Himmel.

Im Dezember 2003 informierte die Lonza-Führung die Öffentlichkeit mit der Mitteilung, man habe einen langjährigen und lukrativen Produktionsauftrag mit dem amerikanischen Biotechkonzern Genentech abgeschlossen. Nicht mitgeteilt wurde, dass die erhofften Ergebnisse auch im zweiten Halbjahr ausgeblieben sind.

Konzernchef Markus Gemünd kaltgestellt: *Sergio Marchionne mit eiserner Hand*

Erstaunt reagierte man auf die Pressekonferenz in Basel, an der die Ergebnisse des Geschäftsjahres 2003 vorgestellt und kommentiert wurden. Die Ergebnisse liessen in allen Bereichen und Divisionen zu wünschen übrig.

Für einen Laien wirkte die Tatsache schon fast beruhigend, dass selbst eingefleischte Analysten und Investoren zu einem Wortschatz wie «enttäuscht», «nicht erwartet», «nicht vorgesehen», «verschaukelt» griffen. Die Informationspolitik, die Sergio Marchionne als Verwaltungsratspräsident zu verantworten hat, stiess selbst bürgerlichen Wirtschaftsexperten sauer auf. Sie verunmöglicht im jetzigen Zeitpunkt, ein adäquates Bild von der Situation der Lonza zu machen.

Ungewisse Zukunftperspektiven

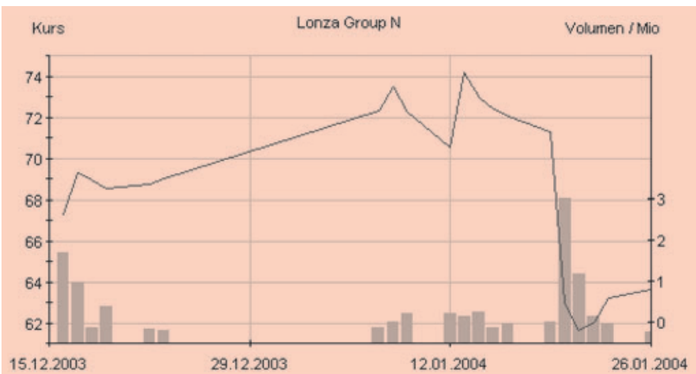
Wegen Überkapazitäten und Auftragsausfällen wurden in den Lonzawerken bereits Restrukturierungsprozesse eingeleitet. Seither hat sich die Situation aber nicht entschärft. Die Lage verschlechtert sich zusätzlich durch neue Konkurrenten insbesondere aus China und Indien, die billiger produzieren können. Es ist nicht zu erwarten, dass sich der Markt in nächster Zeit nachhaltig erholt. Unsicher ist ferner, ob sich die gleiche unheilvolle Abwärtsspirale nach dem chemischen Sektor auch beim biotechnologischen Custom Manufacturing zu drehen beginnt. Etliche Firmen drängen in diesen margenstarken Markt.

Mitbestimmungsrechte gefordert

Nach der Presseorientierung über das Geschäftsjahr 2003 müssen wichtige und entscheidende Fragen geklärt werden: Deshalb möchte die RA Bescheid wissen:

- Warum hat die Geschäftsführung die Ergebnisse so lange verschwiegen?
- Die «Exklusivsynthese & Biotechnologie» ist das Flaggschiff des Betriebes und steht in der Unternehmungspolitik an oberster Stelle. Diese «Königsdisziplin» hat den grössten Einbruch erlitten. Mit welchen Massnahmen will man diesen in der Zukunft sehr wichtigen Bereich auf Vordermann bringen?
- In Portsmouth in den USA wird eine riesige Anlage gebaut. Wie wirkt sich dieses Biotech-Werk auf den Standort «Lonza Visp» aus?
- An der Pressekonferenz in Basel wurde erklärt, dass die Lonzawerke in Visp nicht betroffen sind. Kann diese Erklärung als bare Münze genommen werden, nachdem die Lonzaführung eine Informationspolitik betrieben hat, die nicht nur Investoren und Analysten, sondern auch Gewerkschaften verärgert hat?
- Bisher hat der Verwaltungspräsident Sergio Marchionne den Konzern mit «eiserner Hand» geführt. Wird an diesem Führungsstil weiterhin festgehalten oder werden auf Unternehmungsebene, auf der grundsätzliche Entscheide über zukünftige Entwicklungen der Unternehmung gefällt werden, wichtige Gesprächspartner wie z.B. die Gewerkschaften einbezogen?

Im Oberwallis ist die Lonza Group ein wichtiger Arbeitgeber und für zahlreiche Arbeitsplätze verantwortlich. Deshalb müssen diese Fragen geklärt werden, bevor eine weitere Hiobsbotschaft eintrifft.



Aktienkurs der Lonza Group im freien Fall:
Allein am 20. Januar 2004 sackte der Kurs um satte 12 Prozent ab.

Teranol: Politik der verbrannten Erde

70 der 190 Arbeitsplätze auf dem Spiel

LALDEN – **Die Holländer als neue Besitzer der Teranol AG in Lalden sind mit einem knallharten Restrukturierungsprogramm in die Firma eingefahren. Dabei geht es ihnen nur um eine nackte Zahl: 16 Millionen Franken. Soviel soll pro Jahr eingespart werden. Basta. Noch wollen die Verantwortlichen nicht sagen, wie viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Die RA hat nachgerechnet: Falls sich die Holländer durchsetzen, stehen 70 der insgesamt 190 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Das ist mehr als ein Drittel.**

VON GERMAN EYER

Die Übernahme der Vitaminsparte von Roche durch die holländische Firma DSM zog sich über ein Jahr hin. Ein Jahr, während dem die Betriebe ohne eigentliche Führungsverantwortung mehr schlecht als recht vor sich hindümpelten. Hinzu kam, dass nach dem Zerfall des Preiskartells im Vitamingeschäft der Konkurrenzkampf unter den Anbietern immer unerbittlicher geführt wurde. Der Deal zwischen den Holländern und Roche war erst im Oktober 2003 perfekt. Und plötzlich ging es ganz schnell. Kaum war der Vertrag unterschrieben, fuhren die Holländer mit eisernem Besen in den Betrieben auf. In der gesamten ehemaligen Roche Vitamindivision sollen pro Jahr 220 Millionen eingespart werden. Betroffen davon sind insgesamt 7 500 Angestellte.

Mitarbeiter sollen sich selbst liquidieren

Bei der Sparvorgabe von 220 Millionen Franken auf 7 500 Angestellte müssen pro Arbeitsplatz rund 30 000 Franken eingespart werden. Hochgerechnet auf das Werk Teranol mit seinen 190 Arbeitsplätzen ergäbe dies Einsparungen von knapp 5,7 Millionen. Insider rechneten denn auch im Vorfeld mit einem Sparauftrag von 6 Millionen pro Jahr für das Laldnerwerk. Jenseits von jeder Opfersymmetrie verlangen die holländischen Bosse, dass 10 Millionen mehr eingespart werden, nämlich 16 Millionen.

Statt ihre Verantwortung wahrzunehmen und die Holländer von ihrem einzig auf Profit ausgerichteten Sparprogramm abzubringen, haben die Werksverantwortlichen der Teranol das Restrukturierungsprogramm «Vital» ins Leben gerufen. In diesem Projekt sollen die Mitarbeiter mitdenken und mithelfen, wie die Produktionsabläufe optimal verbessert werden können. Im Klartext heisst das nichts anderes, als dass die Leute in den Betrieben ihre eigenen Arbeitsplätze wegrationalisieren sollen, um damit die Profite für die Aktionäre in die Höhe schnellen zu lassen. Dabei liegen die Fakten ohne Workshops, Interviews und Ideenbörsen auf dem Tisch.

Und so präsentiert sich die Rechnung

Die Einsparungen aus dem Jahr 2003 werden angerechnet: gut 3 Millionen. Die laufenden Unterhalts- und Instandstellungsarbeiten belaufen sich aktuell auf über 6 Millionen. Grösstmöglichstes Einsparpotenzial mit internen Lösungen: 2 Millionen. Die Teranol kauft pro Jahr Waren im Wert von 85 Millionen ein. Davon sind 20 % variable Kosten. Sparpotenzial: höchstens 1 Million Franken. Insgesamt ergibt dies ein höchstmögliches Sparpotenzial von 6 Millionen Franken. Verbleiben noch 10 Millionen Franken, die ausser beim Personal nirgends aufzutreiben sind. 10 Millionen weniger Personalkosten bedeutet nichts anderes als im Schnitt 70 Arbeitsplätze weniger.

Teranol-Direktor Hans-Rudolf Hunziker:
«Vital» gegen die Belegschaft

Die Forderung der Gewerkschaften

Statt einer Politik der verbrannten Erde verlangen die Gewerkschaften, dass jetzt unverzüglich eine IG Teranol eingesetzt wird, die mit Alternativen aufzeigt, wie die Arbeitsplätze gerettet werden können. In diese IG Teranol gehören alle betroffenen Kreise: Die Walliser Regierung, damit die Politik ganz konkrete Lösungen aufzeigt, damit die Wirtschaftsregion Oberwallis nicht unnötig geschwächt wird; die Teranol, damit alle Fakten und vorgesehenen Massnahmen transparent auf den Tisch kommen; die Lonza, weil sie als Hauptlieferantin von Rohstoffprodukten an die Teranol ganz direkt betroffen ist; die Gewerkschaften, Betriebskommission und Arbeitnehmervertretungen, weil es letztlich die Angestellten in den Betrieben sind, welche die Zeche bezahlen müssen.

Lauber, Bloetzer und Teysseire: Visp Süd blockiert!

VISP – **Die Politingenieure Lauber und Bloetzer versuchten über Jahre hinaus mit allen Mitteln und auf allen politischen Ebenen die Südumfahrung in Visp zu verhindern. Jetzt haben die Verhinderer vom Dienst noch einmal Steine in den Weg gelegt.**

(eg) Nachdem der Bundesrat endlich den Süden bewilligt hat, hat Lauber, Bloetzer und Co. ganz offensichtlich der Futterneid gepackt. Gegen die Vergabe der Ingenieurmandate durch den Staatsrat haben sie Rekurs beim Kantonsgericht eingelegt. Als Einsprachegrund wird vorgeschoben, dass das zum Handkuss gekommene Büro Schmidhalter und Pfammatter aus Brig vorbefangen gewesen sei, weil sich dieses Büro schon an irgendwelchen Vorstudien beteiligt habe.

Wo bleibt der VOV und der Staatsrat?

Der VOV ist der Verein der Oberwalliser Verkehrsinteressierten. Vor Jahren sammelten die Verkehrsinteressierten in Visp in der sengenden Sommerhitze eifrig Unterschriften für die Autobahn im Oberwallis. In der Zwischenzeit ist Rolf Escher VOV-Präsident. Vor Escher sassen die Parteikollegen Lauber und Bloetzer im Stöckli in Bern. In Bezug auf den Autobahnbau im Süden von Visp ist es plötzlich auffallend ruhig geworden um den VOV.

Im Vorfeld der letzten Walliser Olympiakandidatur versprach der Staatsrat ziemlich viel. Unter anderem hiess es seitens der Walliser Regierung, dass die Visper Südumfahrung bis zu den Olympischen Spielen 2006 in Betrieb genommen werde. Jetzt ist alles anders: Falls der Rekurs der C-Politingenieure Lauber, Bloetzer und Co. bis vor Bundesgericht gezogen wird, besteht ganz reell die Gefahr, dass das Projekt um ganze drei Jahre verzögert wird. Das heisst im Jahr 2007, ein Jahr nach der vermeintlichen Walliserolympiade, wird mit den Planungsarbeiten begonnen. So geht das nicht.

SP-Vorstoss im grossen Rat

Deshalb hat die SPO Fraktion im Grossen Rat einen Vorstoss hinterlegt, damit der Staatsrat das Dossier Südumfahrung im Schnellverfahren vorantreibt, damit das dringendste Oberwalliser Verkehrsproblem endlich gelöst wird.

Dienstleistungszentrum DIZ Obergesteln: Die Machenschaften des Dorfköni gs Hans Hallenbarter

Vom Umgang mit einer Beschwerde

OBERGESTELN/SITTEN – **Der Obergestler Dorfkönig Hans Hallenbarter hat seiner Firma illegal öffentliche Aufträge zugeschanzt. Der Architekt Stefan Bellwalder hat den Skandal aufgedeckt. Doch jetzt wird er vom Dorfkönig und dessen Lakaien in Sitten angeschwärzt: Eigeninteressen und Neid seien seine Motive! Gleichzeitig versucht das Departement von Wilhelm Schnyder, den Fall des CSPO-Parteifreundes Hallenbarter unter den Teppich zu wischen.**

VON KURT MARTI

Es ist Spätherbst 2002: Der Abt von Einsiedeln höchstpersönlich schreitet zum ersten Spatenstich am Dienstleistungs- und Innovationszentrum (DIZ). In aller Eile beginnen dann die Bauarbeiten. Die Eile hat ihren Grund nicht nur im herannahenden Winter, sondern auch in der illegalen Vergabe der Arbeiten. Letzteres ist zu diesem Zeitpunkt dem zuständigen Departement von Staatsrat Wilhelm Schnyder bestens bekannt. Doch vorerst geschieht nichts. Die Machenschaften des CSPO-Politikers und Dorfkönigs Hans Hallenbarter werden geduldet. Dabei hätte die Dienststelle für äussere Angelegenheiten und Wirtschaftsrecht per Gesetz den Auftrag zur Kontrolle und gegebenenfalls zur Sanktion von gesetzeswidrigen Ausschreibungen.

Akteneinsicht nachträglich verweigert

Am 14. November 2002 reicht Stefan Bellwalder, Architekt dipl.ETH/SIA, eine Aufsichtsbeschwerde beim Staatsrat ein. Darin weist er darauf hin, dass *«bislang keine der Arbeiten offiziell ausgeschrieben wurden.»* Mit dem Hinweis auf die Verflechtung des Gemeindepräsidenten als gleichzeitiger Planer und Unternehmer verlangt er, dass die Bauarbeiten eingestellt werden und eine saubere Ausschreibung vorgenommen wird. Doch vorerst geschieht nichts. Erst einen Monat später wird die Gemeinde Obergesteln von der Dienststelle aufgefordert, innert 20 Tagen eine Stellungnahme inklusive Dossier abzugeben. Laut Brief soll die Stellungnahme dem Beschwerdeführer *«anschliessend zur Kenntnis gebracht werden.»* Doch Bellwalder wartet vergeblich auf die angekündigte Stellungnahme. Vier Monate später erkundigt er sich bei Philippe Spörri, dem Chef der Dienststelle für Wirtschaftsrecht im Departement Schnyder. Dieser erklärt nun, es gebe kein Recht auf Akteneinsicht. *«Weil man befürchten musste, der Fachkundige könnte auf brisante Details stossen?»* fragt Bellwalder. Auf Anfrage der RA sagt Spörri allerdings, Bellwalder habe Einsicht in die Stellungnahme gehabt, nicht aber in das Dossier. Dazu Bellwalder: *«Ich habe die Stellungnahme nie gesehen.»*

«Parteifreund sanft angefasst»

Obwohl der Beschwerdeführer in einem Telefonat und einem Brief vom 12. Dezember 2002 an die Dienststelle interveniert, gehen die Bauarbeiten munter weiter. In Obergesteln werden vollendete Tatsachen geschaffen. Bellwalders Kommentar: *«Staatsrat Schnyders Parteifreund wurde gelinde gegesagt sanft angefasst.»* Auf Grund der eindeutig rechtswidrigen Tatsachen und dem öffentlichen Interesse kommt das Departement Schnyder allerdings nicht mehr darum herum, Hallenbarters Vorgehen als rechtswidrig zu bezeichnen. In seinem Entscheid vom 3. März 2003 hält der Staatsrat insgesamt 13 illegale Tatbestände (siehe Kasten) fest und folgert, dass *«klar gegen die Grundsätze des öffentlichen Beschaffungswesens verstossen wurde.»* Die Gemeinde wird bloss ermahnt, rechtliche Schritte werden keine eingeleitet. Hingegen wird das Finanzinspektorat mit den weiteren Abklärungen beauftragt, wie Spörri in einem Brief an Bellwalder festhält. Hallenbarters Verflechtungen bleiben unerwähnt. Darauf herrscht ein halbes Jahr Funkstille. Im September wird das DIZ in Anwesenheit des Abtes von Einsiedeln und von Staatsrat Jean-René Fournier feierlich eingeweiht, welcher *«den Gesetzesbruch damit eindrücklich würdigte,»* wie Bellwalder es ausdrückt.

Einweihung des DIZ Obergesteln:
Mit Pfiff und ohne Nebentöne

Wer wurde irregeführt?

Ebenfalls im September erkundigt sich Bellwalder schriftlich beim Finanzinspektorat über die Ergebnisse der Untersuchung, welche vom Staatsrat ein halbes Jahr zuvor angekündigt wurde. Doch da weiss man von nichts. Es gebe *«kein Mandat vom Staatsrat»* wird dem verblüfften Beschwerdeführer mitgeteilt. Auf Nachfrage liefert Spörri seine Erklärung. Es habe sich *«ein Fehler eingeschlichen.»* Nicht das Finanzinspektorat, sondern die Finanzverwaltung untersuche den Fall. Auf Anfrage wollte der Chef der Finanzverwaltung, Pierre Bonvin, keine Stellung nehmen und verwies auf die hängige Interpellation der SP-Grossräte German Eyer und Rolf Eggel. Bellwalder gibt sich weiterhin kämpferisch und verlangt restlose Aufklärung: *«Aufgrund von Widersprüchen zwischen den Feststellungen des Staatsrates und einer schriftlich vorliegenden Erklärung des Planungsbüros gibt es Grund zur Annahme, dass jemand im Umzug irregeführt wurde.»*

Der Kritiker ist einmal mehr der Dumme!

Über ein Jahr ist seit der Beschwerde von Architekt Bellwalder vergangen. Rückblickend nimmt er kein Blatt vor den Mund: *«Gemeindepräsidenten können sich in unserem Land anscheinend problemlos Gesetzesbruch leisten, vorausgesetzt sie haben ihre Politfreunde in den kantonalen Stellen.»* Gemeindepräsident Hallenbarter seinerseits ist überzeugt, für die Haltung von Bellwalder gibt es *«ein Wort mit vier Buchstaben: Neid!»* Und auch der Beamte Spörri unterstellt dem Beschwerdeführer Eigeninteressen. In einem Brief hält er vielsagend fest, es sei nicht Aufgabe der Finanzverwaltung *«für Ihre persönlichen Anliegen irgendwelche Untersuchungen durchzuführen.»*

DIZ: Rechtswidrig vergebene Arbeiten

(ktm) Die Gesamtkosten für das DIZ betragen 1,3 Millionen. Gemäss «Gesetz betreffend das öffentliche Beschaffungswesen» müssen Bauaufträge, deren Gesamtkosten den Schwellenwert von 500 000 Franken übersteigen, öffentlich ausgeschrieben werden. Gemeindepräsident Hans Hallenbarter hat nicht die Gesamtkosten mit dem Schwellenwert verglichen, sondern die Kosten der einzelnen Arbeitsgattungen, welche alle unter dem Schwellenwert liegen. Mit diesem «Buebetrickli» hat Hallenbarter das Gesetz umgangen und die folgenden Arbeiten rechtswidrig ohne offene Auschreibung vergeben:

- Architektur- und Planungsautrag an «Holzbau Hallenbarter AG»
- Bauingenieurmandat an «Ritz und Paris»
- Sanitär-, Heizungs- und Lüftungsarbeiten an «Lauber IWISA»
- Elektroingenieurarbeiten an «Salzmann AG»
- Holzbauingenieurmandat an «Neue Holzbau AG»
- Baumeisterarbeiten an «Hallenbarter und Imwinkelried»
- Heizungsarbeiten an «German Hallenbarter»
- Elektroarbeiten an «Elektrohaus Furka»
- Gerüstarbeiten an «Hallenbarter und Imwinkelried»
- Sanitärarbeiten an «German Hallenbarter»
- Elementbau/Fassadenverkleidung, innere Beplankung/Fenster, Innentüren an «Holzbau Hallenbarter AG»
- Lüftungsanlagen an «Arge German Hallenbarter und Paul Jost»

Als Folge der Aufsichtsbeschwerde wurden die verbleibenden Arbeiten, bei denen es laut Bellwalder *«für die Firmen des Gemeindepräsidenten und seiner Getreuen wenig bis nichts mehr zu verdienen gab»* gemäss Submissions-Gesetz ausgeschrieben und vergeben.

Gemeindepräsident Hallenbarter:
Mein Name ist Hase, ich weiss von nichts!

(ktm) Wie kommt es, dass der langjährige Gemeindepräsident und frühere CSPO-Grossrat Hans Hallenbarter das Vergabe-Gesetz nicht kennt? Dazu Hallenbarter: *«Ich habe nicht gewusst, dass der Schwellenwert für Bauaufträge 500 000 Franken beträgt.»* Darüber kann Architekt Stefan Bellwalder nur lachen: *«Das ist eine billige Ausrede. Wenn Hallenbarter die Schwellenwerte nicht kennt, wer denn sonst?»* Tatsache ist, dass Hallenbarter im Jahre 1995 zusammen mit der CSPO-Fraktion und dem damaligen Fraktionschef Thomas Gsponer mit einer Motion das Vergabe-Gesetz selber initiierte, welches er jetzt nicht kennen will. Als Gemeindepräsident hat er dazu Stellung genommen. Im Grossrat und in der Öffentlichkeit gaben vor allem die Schwellenwerte viel zu reden. Zudem gilt Hallenbarter innerhalb der CSPO als Experte der Baugesetzgebung. 1996 war er sogar Sprecher der grossrätlichen Kommission.

Hallenbarter ignorierte den SIA-Hinweis

Im Amtsblatt vom 28. Juni 2002 stand das Baugesuch für das DIZ. Dem Schweizerischen Ingenieur- und Architekten-Verein (SIA) fiel der *«nur sehr oberflächlich»* abgefasste Text auf. Deshalb erhielt die Gemeinde Obergesteln am 5. August 2002 einen Brief, in welchem die SIA-Sektion Wallis ein korrektes Vergabeverfahren verlangte. Der SIA-Brief wurde von Hallenbarter nie beantwortet. Stattdessen schritt Hallenbarter zur Tat und schrieb ungeachtet des unmissverständlichen SIA-Hinweises auf das öffentliche Vergaberecht die meisten Arbeiten im Herbst illegal aus – und erklärt nun, dies nicht gekannt zu haben!

Zudem behauptete Hallenbarter gegenüber der RA, es sei durchaus zulässig, dass die Planung und die Holzbauarbeiten von derselben Firma Holzbau Hallenbarter AG ausgeführt wurden. Philippe Spörri, der Vergabe-Spezialist im Departement Schnyder, ist auf Anfrage ganz anderer Meinung: Gemäss Artikel 23, Absatz 1, Buchstabe k der Vergabeverordnung muss ein Anbieter ausgeschlossen werden, wenn er im Rahmen des gleichen Projektes Planungsaufträge ausgeführt hat. Dazu Bellwalder: *«Die Chancengleichheit wird durch die Manipulationsmöglichkeiten, welche bei derartiger Konstellation in einem Planungsmandat stecken, völlig verfälscht.»*

Vergabe der DIZ-Bauarbeiten: Filz total!

- Hans Hallenbarter ist der Promotor des DIZ. Als Gemeindepräsident hat er selber entschieden, wer unter welchen Bedingungen und ob überhaupt offerieren darf. Die Holzbau Hallenbarter AG, deren Verwaltungsratspräsident (als einziger mit Alleinunterschrift) Hallenbarter war, hat den Bau geplant und die Holzbauarbeiten ausgeführt.
- Das Planungsbüro der Holzbau Hallenbarter AG hat mit dem Holzbausystem «Lignotrend» ein System gewählt, dessen Regionalvertretung in den Händen der Holzbau Hallenbarter AG liegt. Gemäss RA-Recherchen konnte keine einzige Oberwalliser Holzbaufirma für die Holzbauarbeiten offerieren.
- Alle Arbeiten, welche irgendetwas mit Holz zu tun hatten, wurden laut Beschwerdeentscheid vom Planungsbüro des Gemeindepräsidenten beim Offertvergleich zu einem auf dessen Holzbaufirma abgestimmten Arbeitspaket zusammengefasst – obschon nicht alle Unternehmer alle Arbeiten dieses Paketes offerieren durften und ein sauberer Offertvergleich deshalb nicht möglich war.
- Die Patenschaft Berggemeinden hat auch im Oberwallis mit dem DIZ-Projekt für Spenden geworben. Im Spendenaufruf steht die Behauptung, die Raiffeisenbank beteilige sich mit 353 000 Franken am Projekt. Das ist eine Irreführung der SpenderInnen. Tatsächlich kaufte die Gemeinde der Raiffeisenbank das bisherige Bank-Gebäude ab. Folglich gehört der angebliche Beitrag der Raiffeisenbank unter die Investitionskosten der Gemeinde verbucht. Nebenbei bemerkt: Das «alte» Raiffeisen-Gebäude wurde erst vor zehn Jahren erstellt und steht nun auf Kosten der Gemeinde leer.

CVP-Cina nach dem Bundesratsdebakel

A dead man walking?

SALGESCH/BERN – **Die CVP ist am Scheideweg angelangt. Nach der blamablen Niederlage bei der Fristenregelung, der unsäglichen Wahlkampagne à la Westerwelle und dem strategischen Super-GAU bei den Bundesratswahlen steht die CVP vor einem Scherbenhaufen. Mit ein Grund: Die verpatzte C-Strategie von Fraktionschef Jean-Michel Cina. Sind Cinas Tage als CVP-Stratege bald gezählt? Die RA listet seine grössten Fehlentscheidungen nochmals auf.**

VON PATRICK ZEHNER

Als Anwalt arbeitete Jean-Michel Cina nur mit einem kräftigen Vorschuss. Als CVP-Newcomer war er mit ebensolchen Vorschusslorbeeren gestartet. Genützt hat es nicht: Nach drei Jahren als CVP-«Stratege» steht seine CVP vor einem Scherbenhaufen: Der zweite Bundesratssitz ist weg, die CVP-Frauen sind wütend auf die Parteispitze und kaum jemand weiss mehr, wofür die CVP eigentlich steht. Cina hat sukzessive von seinem Glanz verloren. Seine vier grössten Böcke:

Super-GAU Fristenregelung

- **Fristenregelung:** Einst hatten die CVP-Frauen die Diskussion um die Fristenregelung mit ihrem «Schutzmodell» deblockiert. Doch das Modell fand im Parlament keine Mehrheit. Cinas CVP reagierte mit dem Referendum, scheiterte blamabel – keine 50 000 Unterschriften im Kerngebiet der CVP – und musste sich mit radikalen AbtreibungsgegnerInnen ins Bett legen. Damit gewinnt man weder die WählerInnen in den liberalen Städten noch die konservativen in den eigenen Stammlanden. Ein gefundenes Fressen für die SVP.

- **Wahlkampf:** Wofür steht die CVP eigentlich? Dies wird den WählerInnen im Wahlkampf 2003 nicht klar. Macht die SP nicht eine konsequentere Familienpolitik? Hat die SVP nicht mehr Kompetenz in der KMU-Förderung und in der Asylpolitik? Zudem: Der CVP-Wahlkampf wird durch Fun-Elemente überlagert: Zahnbürsten statt bissige Politik-Alternativen, Tingel-Tangel mit den durchs Land gekarrten Bundesräten Joseph und Ruth, Wahlziel 20 Prozent und drittstärkste Partei! Cina hat diesen Fun-Wahlkampf seines Generalsekretärs nicht unterbunden.

- **Steuerpaket und Sparprogramme:** Stark bleibt die CVP in ihren Stammlanden, der Randregion. Doch dieses Potential drohen die Mannen und Frauen um Cina zu verspielen. Steuerpaket und Sparprogramme stossen nicht von ungefähr auf den Widerstand der Randregionen, nota bene auch bei CVP-Staats- und Regierungsräten. Leistungsabbau und Mehrkosten drohen die Randregionen überhart zu treffen. Doch auf Bundesebene fördert und unterstützt die CVP das Steuerpaket und will weitere 7 Milliarden sparen.

- **Bundesratswahl:** Am 10. Dezember 2003 steht die CVP-Elite als Ladykiller da: Ruth Metzler kann nicht gehalten werden. Cina nimmt Metzler aus dem Rennen, obwohl sie nochmals antreten will und gegen Deiss Chancen hat. Die Bürgerlichen im Parlament sind irritiert und wählen Deiss. Dass einige CVPler bei der Villiger-Ersatzwahl Hans-Rudolf Merz wählen und damit Christine Beerli kippen, passt ins Bild des 10. Dezember. Möglich war dieses Wahlchaos durch das verzweifelte Festhalten der CVP und von Jean-Michel Cina an ihrem zweiten Sitz. Resultat dieses Fiaskos ist ein rechter Altherren-Club, den die CVP öffentlich bedauert…

Jean-Michel Cina hat die Strategie der CVP in den letzten Jahren massgeblich mitgeprägt. Jetzt steht die ehemals staatstragende Partei am Abgrund. Führt sie Cina noch einen Schritt weiter?

Jean-Michel Cina: *Sturzflug ins Bodenlose*

Walliser Bote frisiert Agenturmeldung

«Cina soll Amherd Platz machen!»

(ktm) CVP-Frauen aus dem Wallis ärgern sich über die Rolle von Fraktionschef Jean-Michel Cina bei der Abwahl von Bundesrätin Ruth Metzler. Aber sie ärgern sich auch über die Berichterstattung des Walliser Boten: *«Das hat doch beim WB System. Die Herren Cina und Escher werden geschont.»* Nach der turbulenten Delegiertenversammlung der CVP veröffentlichte der WB einen Agentur-Bericht. Was alle anderen Schweizer Zeitungen ins Zentrum stellten, nämlich die Prügelrede von Judith Stamm für Cina, war für den WB überhaupt kein Thema. Im AP-Bericht wurde einfach der entsprechende Abschnitt herausoperiert. Sprich: Die Agenturmeldung frisiert. Mehr noch: Im Leitartikel fährt der WB sogar den CVP-Frauen Stamm und Leuthard bös an den Karren. Eine CVP-Frau gegenüber der RA: *«Wenn Cina ein Frauenförderer sein will, wie er behauptet, dann soll er zurücktreten und der Briger Stadtpräsidentin Viola Amherd Platz machen!»*

Freispruch in der Affäre Bumann-Bonvin:

- **Urkundenfälschung, aber kein Vorsatz**
- **Geometerverband: «Urteil ist eine Farce!»**

So hätte der Prozess ablaufen sollen!

VISP – **Kurz vor Weihnachten wurden die Verantwortlichen der Firma Bumann-Bonvin vom Bezirksgericht Visp freigesprochen: Es liege zwar eine Urkundenfälschung vor, aber diese sei nicht vorsätzlich erfolgt. Die *Rote Anneliese* zeigt die Widersprüche der Untersuchung, der Anklage, der Verteidigung und des Urteils auf und demonstriert, wie der Prozess hätte ablaufen sollen.**

VON KURT MARTI

Bezirksrichter Beat Weissen stellte in seinem Urteil vom 17. Dezember 2003 fest, dass in objektiver Hinsicht eine Urkundenfälschung vorliegt, dass aber der Geometer Jacques Bonvin und die Sekretärin des Visper Geometer-Büros Bumann-Bonvin ohne Vorsatz gehandelt hätten und deshalb freigesprochen werden. Zentraler Punkt für die Urteilsfindung war die Behauptung Bonvins, es hätte eine Abmachung mit dem damaligen Kantonsgeometer Gaston Michlig gegeben, dass die Stempelunterschrift zulässig sei. Michlig schloss ein entsprechendes Gespräch mit Bonvin nicht aus. Er wollte sich jedoch nicht mehr daran erinnern.

Geometerverband: «Das ist eine Farce!»

Der Vorstand der Ingenieur-Geometer Schweiz IGS ist einstimmig der Meinung, dass der Freispruch *«eine Farce ist»*, wie deren Präsident Stefan Andenmatten erklärt. Die IGS habe die Eidgenössische Vermessungsdirektion gebeten, *«das Urteil genau zu analysieren und gegebenenfalls Schritte zu unternehmen.»* Erstaunlicherweise hat Untersuchungsrichter Bernhard Tenud auf eine Anklage von Präfekt und Geschäftsführer Josef Bumann verzichtet. Entscheidend ist, dass Bumann vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt hat, dass er von der Abmachung mit dem Kantonsgeometer gewusst hat. Anwalt Willy Borter stellte in seiner Verteidigungsrede ausdrücklich fest, dass Bumann direkt mit Michlig über die Stempelunterschrift gesprochen habe.

Statt den Boss, die Sekretärin angeklagt!

Groteskerweise haben Tenud und Staatsanwalt Ferdinand Schaller die Sekretärin des Büros angeklagt. Sie wurde richtigerweise vom Bezirksrichter Weissen freigesprochen. Laut Staatsanwalt Schaller hätte die Sekretärin wissen sollen, dass eine Stempelunterschrift illegal sei. Das ist Mumpitz! Nicht die Sekretärin, sondern der Geschäftsführer und Verwaltungsrat Josef Bumann muss von seiner Ausbildung und Funktion her wissen, was im Vermessungsgesetz steht. Es gibt in diesem Fall auch nicht zu entscheiden, ob vorsätzliches Handeln vorliegt oder nicht. Wer einen Diebstahl begeht, kann sich auch nicht herausreden, er hätte nicht gewusst, dass das strafbar ist. **Bumann kennt das Gesetz, er wusste um die Stempelunterschriften und er hat die Urkundenfälschungen akzeptiert.** Gemäss Schweizer Strafgesetzbuch Art. 251 Abs. 1 wird mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft, wer zu seinem Vorteil *«eine rechtlich erhebliche Tatsache unrichtig beurkundet oder beurkunden lässt.»*

Trio Bumann-Michlig-Bonvin

Dass Michlig vorgibt, er könne sich nicht mehr erinnern, ist eine Schutzbehauptung. Erstens ist Michlig in dieser Sache befangen, weil er geschäftliche Beziehungen mit dem Büro Bumann-Bonvin pflegte (siehe Kasten unten). Und zweitens hat Michlig ausgesagt, dass er eine Stempelunterschrift für klar illegal hält und diese nie akzeptiert hätte. An das Gespräch mit Bonvin müsste er sich folglich unzweifelhaft erinnern, weil er das illegale Vorhaben hätte strikt verbieten müssen. Entweder gab es eine Abmachung mit Bonvin und Bumann oder es gab keine; entweder will Michlig nicht mit der ganzen Wahrheit herausrücken oder das Duo Bumann-Bonvin lügt faustdick. Die RA ist der Meinung, dass die Aussagen von Bumann und Bonvin stimmen. **Falls also Bumann und Bonvin die Wahrheit sagen, hat Michlig die illegale Urkundenfälschung bewilligt und das Duo Bonvin-Bumann hat sie als Geometer und Geschäftsführer ausführen lassen beziehungsweise akzeptiert.** Aus diesen Gründen ist die *Rote Anneliese* der Meinung, dass der Prozess von vorne beginnen muss und Michlig, Bumann und Bonvin unter Anklage gestellt werden.

Präfekt Josef Bumann: *Konnte seinen Kopf noch einmal aus der Schlinge ziehen.*

Bonvin verschwieg geschäftliche Beziehungen

(ktm) Staatsanwalt Ferdinand Schaller hat während der Gerichtsverhandlung Jacques Bonvin die Frage gestellt, welche persönlichen und geschäftlichen Beziehungen er mit dem ehemaligen Kantonsgeometer Michlig pflegte und pflege. Bonvin gab an, dass er nur über den Berufsverband SIA und als Kantonsgeometer mit ihm zu tun hatte. Doch er verschwieg, dass das Geometer-Büro Bumann-Bonvin sehr wohl geschäftliche Kontakte mit Michlig hatte. Michlig tauchte nämlich letztes Jahr als Experte auf einer Offerte des Geometerbüros Bumann-Bonvin auf. Inzwischen wurde die Offerte zurückgezogen. Sowohl Staatsanwalt Schaller als auch Bezirksrichter Weissen geben an, davon keine Kenntnis zu haben.

Buchbesprechung

Rudolf Rechsteiner: Grün gewinnt!

Wir nähern uns einer historischen Wende. Die Zeit des billigen Erdöls geht zu Ende. Ob der letzte Tropfen in 30 oder in 60 Jahren fliesst, ist ziemlich nebensächlich. Es gibt keinen Grund zur Panik, aber es ist höchste Zeit für eine sachliche und konstruktive Auseinandersetzung mit den Fragen der nachhaltigen Einstellung auf die in Zukunft zu erwartenden Umbrüche.

VON RALPH MANZ

Die Verknappung von Erdöl wird mittelfristig alle Diskussionen über Energie überschatten. M. King Hubbert schrieb schon 1956, dass die technische Produktionsleistung von Erdöl entlang einer Glockenkurfe verläuft. Nach einem steilen Anstieg folgt eine Verflachung, anschliessend fällt die Produktion ab. Er wurde verlacht und verketzert, aber die US-Ölförderung folgte haargenau seinen Prognosen und sinkt seit 1971. Namhafte Geologen rechnen damit, dass das heutige Produktionsniveau kaum länger als bis 2010 aufrechterhalten werden kann. Seit Beginn der Neunzigerjahre hat sich der Preis auf 30 $/Fass verdoppelt! Gemäss Prognosen dürfte er sich vor 2010 nochmals verdoppeln. Die Nachfrage wächst – vorab in Asien – global um 2 % pro Jahr. Gleichzeitig wollen die OPEC Länder (inklusive Russland) den wachsenden Eigenbedarf befriedigen. Eine strukturelle Unterversorgung mit Erdöl ist damit vorprogrammiert.

Die Zeit nach den Fossilen

Neben dem Versiegen der fossilen Ressourcen werden Faktoren wie Klima- und umweltpolitische Bedingungen, zum Beispiel der europäische Emissionshandel und die EU-Direktiven zum Ausbau der erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle spielen. Erneuerbare Energien zwingen wegen ihres zeitweilig aussetzenden Charakters zu Diversifikation, zu Effizienz, zu Innovation und zu Kundennähe. Sie sind prinzipiell unerschöpflich und bei umsichtiger Gewinnung für Klima und Natur unschädlich. In dreissig Jahren wird jedes neue Dach und jeder Keller Energie- oder Stromlieferant sein. Sei es mit Solaranlagen , Holzheizung, Brennstoffzellen oder Mikro-Gasturbinen. Solarzellen werden im Jahre 2033 billiger sein als Ziegel und sie können bei angemessener Vergütung im Netzverbund die Versorgungssicherheit und das Lastmanagement verbessern.

Windenergie aus Windfarmen

Die Elektrizität wird im Jahre 2033 aus einem breiteren Mix stammen als heute, vor allem dank Windenergie und Geothermie. Der Windmarkt hat sich seit 1993 auf über 7 Mrd. $ verzehnfacht. Windkraft ist an guten Lagen billiger als neuer Strom aus Atom. In Europa gehört die Windenergie bereits zum Mainstream. Sie ist gegen Preisschwankungen am Öl- und Gasmarkt völlig immun. Am US-Strommarkt gewinnt die Windenergie explosiv an Bedeutung, weil die US-Gasversorgung kollabiert. Und die Potenziale sind extrem gross. Auf einer Fläche von 200 mal 200 Kilometern, bestückt mit zwei 5-MW Turbinen pro km², lässt sich der Stromverbrauch der europäischen Union (EU-15) herstellen. Deutsche, Dänen und Briten arbeiten fieberhaft an der Entwicklung von sogenannten Offshore Windfarmen, die eine saubere, unerschöpfliche und langfristig auch sehr kostengünstige Stromversorgung aus der Nordsee versprechen.

Mit seinem Buch «Grün gewinnt» ist Rudolf Rechtseiner eine spannende, mit vielen Grafiken gespickte Publikation gelungen, die im Textteil durch seine kurze und prägnante Aussagekraft besticht. Das Buch zeigt, weshalb sich grüne Techniken in diesem Jahrzehnt durchsetzen und welches Potential in den neuen Technologien noch steckt. Es enthält alle Bausteine für den ökologischen Umbau: Von der Technik bis zur Energiepolitik. Das Buch lässt uns ahnen, in welche Richtung unsere Energiezukunft geht, ohne sich dabei folgender Frage entziehen zu können: Wieso den nicht schon heute?

Rudolf Rechsteiner ist Ökonom und Dozent für praktische Umweltpolitik an der Uni Basel. Der Basler SP-Nationalrat ist Mitglied der UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung, Energie) und der SGK (Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit). Er ist Präsident der ADEV Energiegenossenschaft mit Wasser-, Wind-, Solar- und Blockheizkraftwerken.

WWF-Vortrag von Rudolf Rechsteiner

Rudolf Rechsteiner spricht am 4. März 2004 im Konferenzsaal des Bahnhofbuffets in Brig um 19.00 Uhr zum Thema «Grün gewinnt – Die letzte Ölkrise und danach».

Sozialist Lula da Silva:

Ein Jahr nach der Hoffnungswahl

BRASILIEN – **Ein Jahr ist vergangen seit der Wahl des Ex-Gewerkschafters und Sozialisten Luiz Inácio Lula da Silvas zum Präsidenten der Riesennation Brasilien. Wenn dieser vor allem in den unteren Schichten der Bevölkerung grosse Hoffnungen auf eine positive Veränderung in Bezug auf die ungerechte Verteilung des Kapitals, den Hunger und die Korruption geweckt hat, so sieht es momentan aus, als würde auch unter Lula vieles wie zu Zeiten der Militärdiktatur weitergehen.**

VON MANUEL LOBMAIER

Lula da Silva hatte in seiner Wahlkampagne versprochen, den Hunger zu bekämpfen, die Arbeitslosigkeit auf die Hälfte zu reduzieren und ein jährliches Wirtschaftswachstum von 5 Prozent zu erzielen. Während ihn die Rechte damals als Analphabeten beschimpft hatte, weil Lula aus einer armen Arbeiterfamilie stammt, und in der Bevölkerung Ängste schürte, die reichen Länder würden dem Land unter linker Führung Kredite verweigern, so setzte das Volk sehr grosse Hoffnungen in ihn. Endlich, im fünften Versuch, konnte Lula im Dezember 2002 mit seinen Ministern in den Regierungspalast einziehen, und die Bevölkerung wartete gespannt auf die ersehnten Veränderungen.

Wozu Lula, wenn er nichts ändert?

Und diese waren schlichtweg nicht machbar. Ein halbes Jahr später zitierte die *«Primeira Leitura»* auf der Titelseite Marilene Chaui, eine brasilianische Intellektuelle: *«Se não mudar, Lula para quê?»* (Wozu Lula, wenn er nichts ändert?) Tatsächlich hatte sich wenig geändert, das mussten auch seine Sympathisanten zugeben. *«Es ist nicht möglich, in einem so grossen Land in kurzer Zeit etwas zu verändern, er muss sich erst einarbeiten mit seinen Ministern»,* war die gängige Antwort.

Der Hauptgrund dafür aber ist ein anderer: Er kann nichts verändern, ohne die Privilegien eines Teiles der Leute zu beschneiden, welche ihn gewählt haben. Und da er von allen Schichten – auch der Oberschicht – Stimmen erhalten hat, so bleibt ihm sehr wenig Spielraum. Zweitens – der wohl wichtigere Punkt – macht der Einfluss regionaler Oligarchien vielerorts Veränderungen im korrupten System praktisch unmöglich. Während seine Gegner, welche gefürchtet hatten, er würde alles auf den Kopf stellen und das Kapital radikal umverteilen, mit Erstaunen sehen, dass dies überhaupt nicht der Fall ist, so erntet Lula in erster Linie von seiner eigenen Partei harsche Kritik.

Was ist mit den grossen Veränderungen?

Nach einem Jahr lässt sich sagen, dass durchaus einige Sachen am Ändern sind: Er hat mit Anlaufschwierigkeiten die *«Campanha Fome zero»* eingeführt, ein Programm zur Linderung des grössten Hungers; er hat vor, die Löhne der Staatsangestellten zu kürzen, welche in Brasilien relativ gut verdienen und eine hohe Rente ausbezahlt bekommen, und er wird möglicherweise auch die Löhne seiner eigenen Minister kürzen. Dies sind lauter sympathisch klingende Versuche – aber es stellt sich die Frage: Was ist mit den grossen Veränderungen? Was ist mit der versprochenen Linderung der Armut? Was ist mit der Eindämmung der Macht der Superreichen und Grossgrundbesitzer? Was mit der *«Reforma Agraria»* oder dem Land für die Landlosen des MST *«Movimento sem Terra»?*

Lula da Silva: *Als Präsident und als früherer Gewerkschafter.*

Schwere Vorwürfe an Lula da Silva

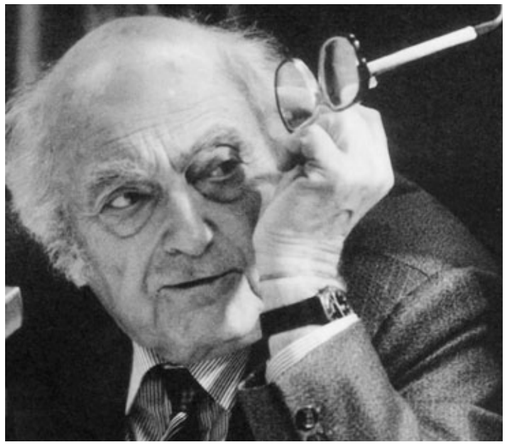
Was ein eher negatives Licht auf Lula wirft, sind einige Berichte der letzten Monaten, in denen von staatlich gebilligter Folter in den überfüllten brasilianischen Gefängnissen gesprochen wird sowie von der Verhaftung und Verfolgung der Führer des MST durch die Justiz, ohne dass die Regierung sich für deren Rechte eingesetzt hätte. Ausserdem hat die Regierung das Anbauverbot für Gen-Soja vorläufig aufgehoben und scheint nicht mehr besonders willig zu sein, etwas gegen die «Killerkommandos» der Grossgrundbesitzer zu tun, welche im letzten Jahr fast 50 Mitglieder der MST umgebracht haben.

Was ist mit LulasVorsatz passiert, den Armen und Landlosen zu helfen und die Macht der Superreichen einzudämmen? Ist seine Politik doch gar nicht mehr so sozial, wie man es von früher kannte? Oder ist er nur mit der momentanen Situation im Land überfordert, wo sich Teile des Polizei- und Justizapparates unter dem Einfluss regionaler Oligarchien weigern, die Regierung anzuerkennen, und deshalb Städte wie Rio de Janeiro in Kriminalität und Anarchie versinken? Fest steht, dass Lula auf keinen Fall ein leichtes Amt auf sich genommen hat. Ob er es schaffen wird, die angestrebten Veränderungen durchzuführen, werden die nächsten vier Jahre zeigen.

Stefan Heym
Schriftsteller, Journalist und Rebell

«Zwischen den Stühlen sitzen, war meine Dauerposition» – so brachte Stefan Heym einmal sein Leben und Wirken auf einen Punkt. Er war ein unbequemer Staatsbürger und ein Aussenseiter. Er mischte sich ins politische Leben ein und übte Kritik sowohl in der Weimarer Republik wie im Dritten Reich, in den USA wie im geteilten oder vereinten Deutschland – überall stand er auf oppositioneller und gesellschaftskritischer Seite.

VON HILAR EGGEL



«Ich habe mich immer eingemischt. Erst 1933 gegen die Nazis, dann in Amerika und von 1953 an in der DDR. Und ich werde mich… auch weiterhin einmischen, einfach weil ich glaube, dass nichts so bleibt, wie es ist, und dass wir über die Richtung in der sich das Ganze bewegt, mitentscheiden.» (Stefan Heym)

Ausgewählte Literatur:

Heyms Leben und seine Bücher sind ein wichtiges Stück deutscher Geschichte. In seinen Werken hat er immer wieder Themen der Arbeiterbewegung aufgegriffen. Seine historischen Romane sind ein Spiegelbild der sozialen Verhältnisse, in denen wir leben:

- Der König David Bericht, München 1972
- 5 Tage im Juni, Wien 1974
- Collin, München 1979
- Nachruf, München 1988
- Radek, München 1995
- Einmischung. Gespräche, Reden, Essays. München 1990.
- Offene Worte in eigener Sache. Gespräche, Reden, Essays 1989–2001, München 2003

Exil und Erfolg in den USA – von Mc Carthy vertrieben

Mit dreizehn Jahren wusste Stefan Heym, mit bürgerlichem Namen Helmut Flieg, dass er Dichter und Schriftsteller werden würde; mit achtzehn wurde er wegen eines antimilitaristischen Gedichtes aus der Schule vertrieben. 1935 – gerade einmal 22 – emigrierte er in die USA, stand in Verbindung zur amerikanischen Arbeiterbewegung und betätigte sich dort zwischen 1937 und 1939 als Herausgeber der antifaschistischen Wochenzeitung «Deutsches Volksecho». 1942 veröffentlichte er seinen ersten Roman «Hostages» («Der Fall Glasenapp»), der «spannend konstruiert und von mitreissendem Tempo» ein Welt-Bestseller wurde. Auch sein zweiter Roman «The Crusadors» («Der bittere Lorbeer») eroberte die Herzen von Millionen von Menschen.

Als Sergeant für psychologische Kriegsführung war Heym 1943 in die US-Armee eingetreten; sein erster Einsatz war die Landung in der Normandie 1944. So kehrte er zunächst in GI-Uniform nach Deutschland zurück. Doch wegen politischer Differenzen schied er aus der US-Armee aus und geriet gar in die Mühlen des militanten Antikommunisten Joseph McCarthy. 1952 gab er aus Protest gegen den Korea-Krieg seine Kriegsorden zurück und verliess die Vereinigten Staaten, angewidert durch McCarthy's Inquisitoren.

Ein Amerikaner mit dem DDR-Pass

Über die Stationen Prag und Warschau reiste er in die DDR und suchte für sich und seine Familie um Asyl. Anfänglich unterstützte er wohlwollend die DDR-Regierung (auch während der Arbeiter-Unruhen des 17. Juni 1953); die russische Politik und Stalins Machtgehabe schätze er unkritisch ein. Die Wende brachte der XX. Parteitag der KPdSU unter Chruschtschow, der «die Gloriole Stalins» zerstörte. Von diesem Zeitpunkt an fiel es ihm immer schwerer, sich dem Einparteiensystem in der DDR anzupassen, und stellte sich in Opposition zur SED. In literarischen Werken wandte er sich revolutionären Traditionen der deutschen Geschichte zu und veröffentlichte die Romane «Lenz oder die Freiheit» (1963) und «Lassalle» (1969), später «Der König-David-Bericht» (1972), «5 Tage im Juni» (1974), «Collin» (1979) und «Radek» (1995).

Als «kritischer Marxist» suchte er die Auseinandersetzung mit den Machthabern, die «den Sozialismus zu einem Zerrbild» entstellt hatten. Zuerst als Schriftsteller bejubelt fiel er in Ungnade bei den Parteibonzen. Von Walter Ulbricht, abschätzig als «Amerikaner mit dem DDR-Pass» bezeichnet, weigerte er sich trotz Überwachung und zeitweiligem Publikationsverbot, das Land zu verlassen. Er verstand sich immer mehr als Kritiker des Systems, wollte sich aber nicht als Gegner der DDR abstempeln lassen, was Biermann auch tatsächlich zu Schimpfwörtern wie «tapferfeiger Freiheitsfreund» oder «geschrumpfter Drachentöter» verleitete.

Heym als Schriftsteller…

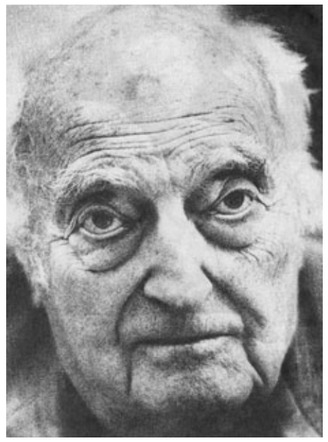
Heyms herausragende schriftstellerische Fähigkeiten waren vor allem die Klarheit seines Stils, der logische und spannende Handlungsaufbau und seine lebendigen Charakterdarstellungen. Er vermochte seine Texte durch dramatische Konfrontationen und lebensnahe Dialoge anschaulich zu gliedern. Wie sein Vorbild, Heinrich Heine, wusste er seinen hintergründigen Humor und sein Talent für ironische Darstellungen auszuspielen.

Den Vorwurf Erich Honeckers auf dem 11. Plenum 1966, «Werktätige hätten in Briefen gegen Stefan Heym Stellung genommen, weil er zu den ständigen Kritikern der Verhältnisse in der DDR gehöre», konterte er mit zahlreichen Fakten und mit Finesse und Überzeugungskraft. 1979 wurde er von der SED-Führung aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen. Listig und zugleich überzeugend verteidigte er seine Stellung als Schriftsteller in der DDR: «Es gibt hier… keine Dissidenten», erklärte er, «es gibt hier nur ehrliche Sozialisten, die in der oder jener Frage gelegentlich eine andere Meinung haben.»

…und als Journalist

Um Heyms Bedeutung wirklich erfassen zu können, reicht es nicht aus, sich auf seine schriftstellerischen Werke zu konzentrieren. Nicht nur die literarische Arbeit machte ihn in weiten Kreisen berühmt. Er verschaffte sich auch mit seinen journalistischen Beiträgen ein breites Lesepublikum und rückte ins Zentrum politischer Ereignisse.

Grosses Vergnügen bereitete ihm, die Parteibürokraten zu überlisten und die Zensur ad absurdum zu führen. In Aufsätzen und Essays unternahm er Ausflüge in die Politik – ungeduldig und temperamentvoll. Die Lust an der Gegenrede und am offenen, klaren Wort ging einher mit der Abge-



«Wenn die Leute sich nicht artikulieren können, dann werden sie Häuser anzünden. Und wenn man ihnen nicht eine demokratische Lösung anbieten kann, eine linke Lösung, dann werden sie nach rechts gehen und dem Faschismus folgen.» (Stefan Heym)

klärtheit eines älter werdenden Mannes und einer manchmal ironischen und sympathischen Gelassenheit.

Im Verlaufe der Jahre hat er zahlreiche Interviews gegeben. Bei westlichen Radio-, Fernseh- und Zeitungsjournalisten war er ein willkommener Gast. Selbst Journalist kannte er das Metier und wusste, was von ihm erwartet wurde. Er wich den Fragen nicht aus, erzählte witzig und humorvoll, war an weltpolitischen Fragen interessiert und vertrat ernsthaft seine Meinung zu brisanten Themen.

Ein Kritiker des vereinten Deutschlands

Am 4. November 1989 sprach er auf der Demonstration in Berlin die berühmt gewordenen und in die Geschichte eingegangenen Worte: «Es ist, als habe einer die Fenster aufgestossen, nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen, den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit.» Gleichzeitig redete er den DDR-Bürgerinnen und Bürgern ins Gewissen, sich nicht verkaufen zu lassen, und forderte sie auf, die Herrschaft des Landes selbst in die Hand zu nehmen. «Statt den ehemaligen DDR-Bürgern die Chance zu geben», erklärte er, «ihr Haus ein wenig in Ordnung zu bringen, bevor man gemeinsame Sache mit ihnen machte, wurden Haus und Bewohner, wie von einem Riesen-Bulldozer, ins Wirtschaftswunderland hineingeschaufelt.»

Heym war fest davon überzeugt, dass ein demokratischer Sozialismus durchgesetzt werden könnte und ein ostdeutscher Staat weiterexistieren sollte. Euphorisch verkündete er den klassischen Revolutionsaufruf «Es lebe die Republik!». Mit dem 9. November 1989 holte ihn aber die Realität wieder ein. Denn innerhalb von wenigen Tagen wurde aus dem verheissungsvollen Blick eines revolutionsschwangeren Volkes «eine Horde von Wütigen, die, Rücken an Bauch gedrängt… mit kannibalischer Lust, in den Grabbeltischen, von den westlichen Krämern ihnen absichtsvoll in den Weg plaziert, wühlten.» Von der Konsumwut der Ost-Deutschen verunsichert, fühlte er sich «müde, gebeugt und betrogen». Zweifelnd stellte er fest, dass es doch nicht sinnlos und vergeblich gewesen sein könne, «woran unsereiner sein ganzes Leben gehängt habe».

Junggebliebener Politiker im hohen Alter

Trotz Rückschlägen war sein Kampfgeist stärker. Als die Vereinigung unausweichlich wurde, sah er sich in der neuen Rolle als Verteidiger der sozialen Werte. Den Neokapitalismus konnte er nur noch aus einer zynischen Perspektive betrachten, denn viele «dieser Neokapitalisten waren ehemalige DDR-Bonzen mit Verbindungen zum westlichen Kapital». Durch den Vereinigungsprozess tief verunsichert und verletzt, lehnte er sich noch einmal auf.

Zur Überraschung des politischen Establishments liess er sich 1994 von der PDS in Berlin für den Bundestag aufstellen und wurde auch gewählt. Die Ironie der deutschen Geschichte wollte es, dass er als Alterspräsident die neue Wahlperiode des Deutschen Bundestages eröffnen konnte. In seiner Rede appellierte er an die politische Vernunft. Mit widerwilligen, versteinerten Gesichtern hörten die Mitglieder der CDU/CSU, FDP seine Rede an. Da war nicht mehr der «Dissident» und «Systemkritiker» aus der DDR zu feiern, sondern ein ordentlich gewählter Bundestagsabgeordneter aus den Kreisen der kommunistischen Partei. Aus Protest gab er mit 82 Jahren das Mandat zurück und widmete sich wieder der schriftstellerischen Arbeit.

Nachdenken – zwischen den Stühlen sitzend

Stefan Heym war ein Rebell und einer der bedeutendsten und erfolgreichsten Schriftsteller in der ehemaligen DDR. Er war mitbeteiligt am Sturz der Stasi-Regierung. In der Übergangszeit zur deutschen Wende kämpfte er verbissen um ein «neues Heimatland», das nicht an die Treuhand und an habgierige Neokapitalisten verkauft würde. Für ihn war nicht alles schrott, was auf der Baustelle DDR einstmals produziert wurde.

Wohlgemerkt: reisen durfte man nicht in alle Länder, und alle Güter konnte man nicht kaufen. Die Wut gegen ein verknöchertes System konnte man nur unter der Gefahr äussern, eingelocht oder ausgebürgert zu werden. Man wurde von der politischen Polizei registriert und bespitzelt. Man musste kuschen, wenn man innerhalb des Parteiapparates sich nach oben strecken wollte. All diese Dummheiten und Blödsinnigkeiten zeichnete die real existierende DDR aus.

Für Stefan Heym gab es aber auch noch eine andere DDR mit einigen «verhältnismässig guten Sachen», die man ins vereinte Deutschland hätte retten müssen: Dazu gehörten: Arbeit für alle, ein Dach über dem Kopf für alle, Bildung für alle, ein gesichertes Dasein für alle. Diese Errungenschaften hätte man mit den westlichen Freiheiten verbinden müssen.

Bis an sein Ende glaubte Heym an einen demokratischen Sozialismus, in dem Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit plus soziale Gerechtigkeit verwirklicht würde. Für ihn, Brecht zitierend, war dies eigentlich das Einfache, das so schwierig zu vollziehen ist.

Gefragt, was ihm vor allem Angst mache, antwortete er: zunehmende Arbeitslosigkeit, Fremdenhass, Brutalität und Gewalt in der Gesellschaft, weil sie ihn an die Zeiten Hitlers erinnere.

Sind die alten Gespenster doch wieder zurückgekehrt? Und besteht nicht dieselbe Marktwirtschaft, aus welcher die Arbeitslosigkeit erwachsen ist? Und werden die Reichen, eine Minderheit, nicht immer reicher, während die Mehrheit der Menschen verarmt? Diese Fragen beschäftigten ihn ganz besonders und er gab uns zu bedenken: «Wenn man selbst nicht verfügen kann über die eigene Arbeitskraft und das eigene Leben, muss man sich fragen lassen, wer denn die Macht in den Händen hält. Wäre es nicht empfehlenswert, dies System durch ein gerechteres, besseres zu ersetzen, wenn man Sicherheit und einen Arbeitsplatz wollte… Aber diese Art zu denken und zu handeln, ist ein schmerzhafter Prozess und erfordert Entscheidungen, auf die man weder in der Schule noch im Elternhaus vorbereitet wurde.»

Hilar Eggel

Wohin frau/man geht

KELLER THEATER BRIG

Freitag, 27. & Samstag, 28. Februar, jeweils 20.30 Uhr
Annelore Sarbach
Froni Trilli

Samstag, 6. März, 20.30 Uhr
Nikolaj Gogol
Tagebuch eines Wahnsinnigen
René und Andi Schnoz

Donnerstag, 18. März, 20.30 Uhr

Laurence Revey
Konzert

Freitag, 26. März, 20.30 Uhr
Heinrich Böll
Ansichten eines Clowns
Pascal Ulli

Sonntag, 28. März, 17.00 Uhr
Louisiana Red
sings the Blues

Sonntag, 18. April, 11.00 Uhr
Matinee
Quatuor de Neuchâtel & Piano

Samstag, 8. Mai, 20.30 Uhr
Lyn Leon
Acid- und Nu-Jazz

Freitag, 14. Mai, 20.30 Uhr
Alf Mahlo
Der Menschenfreund

Infos unter: www.kellertheater.ch

Umwelt-Agenda

Freitag, 13. Februar, 19.00 Uhr, Singsaal im Schulhaus Sand in Visp
Generalversammlung der NVO

anschliessend um 20.00 Uhr
Wichtige Vogelschutzgebiete im Oberwallis
Vortrag

Donnerstag, 4. März, 19.00 Uhr, Bahnhofbuffet in Brig
Vor einer neuen Ölkrise – Grün gewinnt!
Vortrag von Rudolf Rechsteiner

Samstag, 12. März, 8.00 Uhr, Lonza Biotop Brigerbad
Pflegeeinsatz in Zusammenarbeit mit Jungjägern und Pro Natura

Mittwoch, 17. März, 19.00 Uhr, Kollegium Brig
Geologie im Neat-Tunnel
Vortrag von Federico Giovanoli

Samstag, 20, März
Geologie im südlichen Lötschbergbasistunnel
Exkursion mit Federico Giovanoli

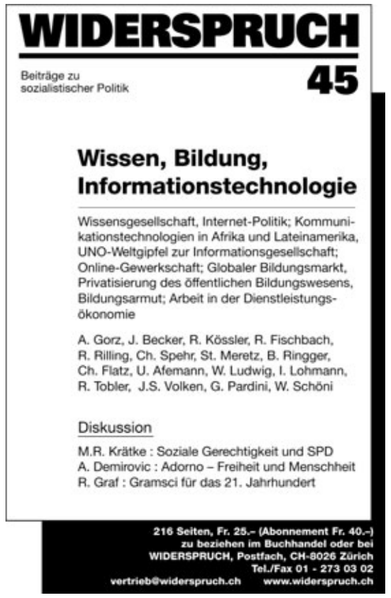
Sonntag, 28. März, 7.20 Uhr, Bahnhofplatz in Visp
Frühlingsexkursion «Pouta Fontan, Grône»

Dienstag, 20. April, 19.00 Uhr, Kollegium Brig
Allergien und Umwelt, welche Präventionsmassnahmen machen Sinn?
Vortrag von Dr. Norbert Yawalkar

Donnerstag, 22. April, 20.00 Uhr, Bahnhofbuffet in Brig
Schmetterlinge im Alpenraum
Diavortrag mit Ralph Imstepf

Sonntag, 25. April
Vogelbeobachtung
Ornithologischer Morgenspaziergang für Laien

Nähere Informationen & Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62



Widerspruch: Heft 45
Bildung, Wissen, Informationstechnologie

Seit dem Siegeszug der Kommunikationstechnologien gelten Information und Wissen als neue Produktionsfaktoren im Kapitalismus. Der exklusive Zugriff auf Wissen ermöglicht das Abschöpfen hoher Profite, jede Information wird zur Ware. Dagegen markieren die Leitgedanken einer ökologisch und lebensweltlich orientierten Wissens- und Kulturgesellschaft von **André Gorz** mögliche Alternativen zum totalitären Vorhaben von Wissenschaft und Kapital, zur «posthumanen Zivilisation».
Rainer Fischbach entmystifiziert die Phantome der Wissensgesellschaft und der Wissensökonomie; bei allem sich beschleunigenden technischen Fortschritt und aller Effizienzsteigerung – eine Entmaterialisierung der Wirtschaft ist nicht in Sicht, die Arbeit geht nicht aus. Als Medium der Netzwerkgesellschaft ermöglicht das Internet, so **Rainer Rilling** und **Christoph Spehr** in ihren Thesen, auch für die Linke neue Formen der Öffentlichkeits- und Mobilisierungspolitik. Vom 10. bis 12. Dezember 2003 fand in Genf der UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft statt.

Dicke Eier

SP-Vertreterin soll sich entschuldigen!

Die Zeiten spielen verrückt. Auch jetzt noch, wo Otto G. Loretan, der ehemalige Dorfkönig von Leukerbad, ins Gefängnis müsste. Jahrelang war er der Star der CVPO und auch der Walliser Bote rollte dem smarten Nationalrat den Perserteppich aus. Bislang hat die CVPO zum Fall Leukerbad hartnäckig geschwiegen. Kein Wort des Bedauerns oder der Entschuldigung an die zahlreichen Leidtragenden des Debakels im Wallis und in der Ausserschweiz. Auch der WB hat sich für sein unkritisches Hofieren und Schweigen nie entschuldigt oder Worte des Bedauerns gefunden. In dieser Zwicklage hatte der Vize-Chef des WB Ende 2003 eine äusserst geniale Idee und holte zum Befreiungsschlag aus: Die SP-Vertreterin im Gemeinderat von Leukerbad muss Worte des Bedauerns für das CVPO-WB-Debakel finden! Das heisst, sie hätte es tun sollen. Und weil sie dies nicht tat, fuhr ihr der WB-Vize an den Karren. Die Zeiten spielen wirklich verrückt.

Wer gibt Blatter die DDR zurück?

Kennen Sie den schon? *«1976 pilgerte die sozialistische Seilschaft mit Klara Obermüller, Peter Vollmer und Co. in die DDR, um diese überschwänglich zu loben?…»* Dann lesen Sie offenbar immer noch die WB-Kolumnen von Joseph Blatter. Seit 30 Jahren pro Jahr zwei Mal erinnert sich Blatter an die Zeit des kalten Krieges und wie schön es damals für rechte Eidgenossen war, dass es die DDR gab. Seit mehr als einem Jahrzehnt gibt es die DDR nicht mehr. Vor einem Jahr hat die RA gefragt: Wer sagt es Blatter endlich? Jetzt fordern wir: Gebt ihm die DDR zurück!

Gelber Anstrich für schwarzes Kuckucksei

Die Kantonsrichterwahlen weckten die Streithähne der Gelben und Schwarzen. Der Kandidat der CVPO siegte und die CSPO-Kandidatin Doris Vogel hatte das Nachsehen. Die beiden Parteien brachten wahre Hahnenkämpfe und Streittänze auf die Bühne. Während Jahrzehnten bestens eingeübt, wirkte das beinahe echt. Doch nun droht ein Detail, die Scheinkämpfe zu entlarven: Selbst bei den Gelben führte die Kandidatur von Vogel zur Frage, ob sie überhaupt zur Partei gehört und nicht vielmehr zu den Schwarzen. Dessen gewahr soll die gelbe Parteispitze dem schwarzen Kuckucksei subito einen gelben Anstrich verpasst haben. Seither hat die CSPO ein Mitglied mehr. Gleich und Gleich gesellt sich gern!

Haus der Wirtschaft: Steuerumgehung?

Bekanntlich ist der Dozent für Steuerlehre Beat Walker auch VR-Präsident der STW Consult AG, welche ihr Büro im Haus der Wirtschaft in Naters hat. Das Wirtschafts-Haus wurde auch mit IHG-Geldern aus dem Steuertopf finanziert. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Pikanterweise will Walker aber diesen Steuertopf ganz unzimperlich schmälern. In diesem Sinne wird Walker im nächsten Mai am Symposium *«Steueroasen und Offshore-Strukturen»* einen interessanten Vortrag halten. Stichworte dazu sind *«Auslandaktivitäten und Steuerumgehung»*. Das Symposium lockt harmlos mit *«Gestaltungsmöglichkeiten von Offshore-Strukturen»*. Herr Professor Walker, könnte man das auch mit dem Wort Steuerhinterziehung umschreiben?

Schiffbruch in Oberwald

Das Alinghi-Fieber hat die Schweizer Binnen-Geister beflügelt. Dabei ging ganz unter, dass gleichzeitig die Schiffabrik in Oberwald gekentert ist. Vor einigen Jahren als Vorzeige-Projekt der Wirtschaftsförderung gepriesen, geisterte das Projekt noch in den Reden unserer PolitikerInnen herum, als in Oberwald schon längst das Gras bis an die Fenster wuchs. Jetzt wurden auch offiziell die Segel gestrichen. Ende letzten Jahres wurde der Konkurs über die Firma «Wodconstruct, the high tech way to built AG» eröffnet und kurz darauf mangels Aktiven eingestellt.

Sidelhorn: Hallenbarter gibt Gas

Die Gemeinde Obergesteln will dem toten Sidelhorn-Geist wieder Leben einblasen. Seit 20 Jahren kamen aus Bern nur Stopp-Signale und das Projekt gilt beim Bundesamt für Verkehr längst als erledigt. Ein wichtiger Grund: Es fehlte die regionale Abstützung. Zudem ist die Standortgemeinde Oberwald pleite. Doch jetzt probt Gemeindepräsident Hans Hallenbarter den Alleingang. Vor etlichen Jahren bekam das Planungs-Büro des inzwischen verstorbenen Jules Aufdereggen den Auftrag, ein neues Gesuch auszuarbeiten. Nach jahrelanger Planung scheint das Projekt nun spruchreif. Statt das Projekt sachte in die Schublade zu legen und keine Geister zu wecken, welche die Geldverschwendung für die Planung anprangern könnten, wird demnächst im WB ein ganzseitiger Bericht des Hofjournalisten des Gemeindepräsidenten erwartet und später eine erste Publireportage...

Informationen aus erster Hand. Mit einem Abo der RA.

☐ **Ich bestelle die «RA»**
☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax 027 923 69 71

Auf dem Sekretariat der Roten Anneliese

Büro zu vermieten (15 m²)

Ort:
Restaurant Simplon, Naters
3. Stock

Preis:
150 Franken pro Monat

Auskunft erteilt: 027 923 63 89

WB-Verleger Ferdinand Mengis:

Zensur für Leserbrief der Post

VISP/BRIG – **Die *Rote Anneliese* klopfte im letzten Herbst den Mengis-Verlag aus dem Busch. Klammheimlich beschloss dieser, der Post den Verteilauftrag für die grösseren Talgemeinden zu entziehen und durch eine eigene Zustellung zu ersetzen. Postangestellte wollten per WB-Leserbrief dagegen protestieren. Doch der WB-Verleger sagte: Nein!**

VON KURT MARTI

Robert Zeiter, der Post-Verantwortliche für die Zustellung, wollte mit einem Leserbrief die Meinung der Post zur neuen Verteilorganisation des Mengis-Verlages kundtun: Der WB-Verleger Ferdinand Mengis sage nur die halbe Wahrheit. Er verschweige der Leserschaft wichtige Zahlen und dass eine Tochterfirma der Post die Frühzustellung zu einem annehmbaren Preis angeboten habe. Der Mengis-Verlag schaffe eine *«Zwei-Klassen-Leserschaft»* und bürde die zusätzlichen Kosten für die Zustellung in den Seitentälern der Post auf.

Mengis: Geldsack näher als die Leserschaft

Herr Mengis sei offenbar der Geldsack näher als die Leserschaft. Und Zeiter forderte Mengis auf, die Frühzustellung in allen Dörfern des Oberwallis zum gleichen Preis zu garantieren. Der Leserbrief ist im WB nie erschienen. Des Rätsels Lösung heisst: WB-Verleger Ferdinand Mengis! Er hat den Leserbrief abgefangen und Zeiter einen «freundlichen Brief» geschrieben. Es mache keinen Sinn, den Leserbrief zu veröffentlichen, war Mengis der Meinung. Es gäbe nachher nur ein Hickhack in der Öffentlichkeit. Und das sei nicht gut. Kurzum: Der Leserbrief wurde nicht veröffentlicht. Die RA holt dies gerne nach.

WB-Verleger Ferdinand Mengis: *Ganz der Alte!*

Die Wahrheit zur Frühzustellung (nie veröffentlichter Leserbrief; Zensurierung durch den WB)

Frühzustellung des „Walliser Boten“

Die Stellungnahme vom 27.9.03 im „WB“ zur Frühzustellung von Herrn Ferndinand Mengis bedarf einer Erklärung. Indem einige Punkte unerwähnt blieben, erfährt der Leser nur die halbe Wahrheit. Herr Mengis verschweigt, dass seine Zeitung, ein Monopolblatt, durch die indirekte Presseförderung subventioniert wird. Die Post verlangt anstatt 26 Rappen pro Exemplar für den Transport und die Zustellung in der ganzen Schweiz nur 16 Rp., wenn ihr die gesamte Auflage übergeben wird. Wird mehr als die Hälfte der Post verteilt, so halbiert sich der Rabatt. Dies geschieht mit einer Frühzustellung in den rentablen Talgemeinden. Die unrentablen Seitentäler werden der Post überlassen und diese muss zum Dank noch einen Rabatt von 5 Rp. gewähren, weil so im Gesetz verankert.

Unter mehreren Offertstellern hat die „BEVO“, eine Tochterfirma der Post für eine Frühzustellung offeriert. Mit 28 Rp. pro Exemplar schien der Preis für die Verlagsleitung zu hoch, nur so ist es erklärbar, dass auf das Angebot nie eine Antwort folgte. Dies lässt erahnen, welche Stundenlöhne an Frühzusteller bezahlt werden. Mit diesen Stundenlöhnen kann keine Familie ernährt werden, im Gegensatz zu denen eines bei der Post angestellten Briefträgers. Von sozialer Absicherung (Pensionskasse) ganz zu schweigen.

Mit der Frühzustellung in den Talgemeinden schafft der „Walliser Bote“ eine Zwei-Klassen-Leserschaft. Die Abonnenten in Leukerbad, Saas-Fee, Zermatt, Binn, Greich und Gondo haben doch die gleichen Ansprüche, wie diejenigen in Brig und Visp! Warum wird hier keine Frühzustellung angeboten? Herr Mengis ist wohl das Hemd (Geldsack) auch näher als der „Tschoppu“ (Leserschaft, immerhin mehr als die Hälfte). Es ist an ihm das Gegenteil zu beweisen, indem allen Abonnenten im ganzen Oberwallis zum gleichen Preis eine Frühzustellung garantiert wird!

Robert Zeiter
Verantwortlicher Zustellung

Der heitere Schluss

Die Walliser Grünen an der Grünen Woche in Berlin

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 181 / Februar 2004
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis